# NEUES FORUM BULLETIN

Nr. 39 23. 05. 1995





"Er steht da den ganzen Tag, sagt nichts und verspricht alles. Er nennt es Politik."

INHALT:



## Das Recht auf Faulheit

### Widerlegung des >Rechtes auf Arbeit< von 1848 von Paul Lafargue

*Oliver Kloß*

Vor 111 Jahren erschien 1884 die kleine Schrift erstmals in deutscher Sprache, zuvor 1883 im Original französisch.
Diese erste deutsche Ausgabe erschien ohne Namensangabe des Übersetzers Eduard Bernstein (1850 - 1932) in Zürich, später mit Namensangabe 1887 und 1891 in Berlin. Der Untertitel und damit die klare Intension Lafargues >Die Widerlegung des „Rechtes auf Arbeit" von 1848< wurde verschwiegen. Die bewußte Abschwächung des Inhaltes durch Bernstein zeigt, wie gefährlich die Ideen Lafargues der Sozialdemokratie erschienen sein müssen.
1848 war das >Recht auf Arbeit< im Zusammenhang mit der Pariser Februar-Revolution proklamiert worden. Im Aufstand der Kommune wurde es erneut blutig erkämpft. Lafargue sah den Sinn seiner Schrift aber gerade in der Kritik der Französischen Revolution, in der unzweideutigen Entlarvung der geheiligten christlichen Arbeitsmoral. Deutlich wird dies auch in anderen Schriften Lafargues. So schrieb er zum Beispiel >*Der Jesuitenstaat in Paraguay*<, eine Analyse der katholischen Moraldiktatur in dem quasistaatlichen Gebilde, wobei er besonders die Methoden der zwangsweisen Verinnerlichung von Arbeitsmoral bei den Indianern in den Blick nimmt.
In Deutschland hatte das >Recht auf Arbeit< gerade in den Kämpfen um die Sozialgesetzgebung an politischer Bedeutung gewonnen. Bernstein mied daher die Deutlichkeit, wies in seinem Vorwort darauf hin, daß die Übersetzung nicht wörtlich erfolgt sei und versuchte etwaigen „Mißverständnissen" vorzubeugen, nicht zuletzt in der Bezeichnung, die Schrift sei eine „Satire". Wenngleich satirische Züge dem Werke nicht fremd sind, so wird doch deutlich, daß es Lafargue mit der Verherrlichung der Faulheit auf dem Weg zur Beendigung des Klassenkampfes durchaus ernst ist.
In >*Die Verharmlosung der Thesen Lafargues durch die deutsche Übersetzung Eduard Bernsteins*< (Stuttgart 1974) hat Ernst Benz weitere Abschwächungen des Inhaltes gegenüber dem französischen Originaltext aufgezeigt. In der vom NEUEN FORUM Leipzig herausgegebenen Textfassung wurden diese Hinweise beachtet und sie darf mithin zwar nicht als vollständige Neuübersetzung, jedoch als die bisher vollständigste in deutscher Sprache gelten.
Wenngleich der theoretische Inhalt der Schrift nichts an Aktualität eingebüßt haben mag, so kann der heutige Leser doch von einigen Begriffen befremdet sein. Die bürgerlichen Menschenrechte haben wir Heutigen hoch zu schätzen gelernt, da wir auch über Erfahrungen mit deren Abwesenheit verfügen. Mögen sie der Erweiterung durch das Recht auf Faulheit bedürfen, so bleiben die bürgerlichen Grundrechte als freiheitssicherndes Minimum heute unbestritten. Daß der von Lafargue verwendete Sozialismusbegriff so gar nichts mit dem im real existierenden Sozialismus einst gebrauchten gemein hat, geht deutlich aus dem Text hervor.
Kaum läßt sich die Alltäglichkeit des Stalinismus absurder erinnern als im Bilde eines Arbeiters, der in der Schichtpause die Betriebszeitung aufgeschlagen hatte. In ihr konnte er zum Hohne lesen, daß er nicht etwa ausgebeutet


Herausgeber: NEUES FORUM, 10117 Berlin, Friedrichstr. 165
V.i.S.d.P.: Gerold Hildebrand, fon (030) 2292546, fax: 2291213
Druck: Druckerei A. Lange, Berlin-Pankow, fon (030) 4824265

werde, sondern daß gerade er der herrschenden Klasse angehöre. - Dies, obwohl er wußte, daß seine ausgebeuteten Kollegen im kapitalistischen Westen wenigstens freie Gewerkschaften und ein Streikrecht besaßen, wodurch sie mehr Urlaub und kürzere Arbeitszeit erlangt hatten. Und von ihm wurde noch Freude erwartet, wenn die „Partei der Arbeiterklasse" ihm von dem, was er erarbeitet hatte, ein Stück als sogenannte Sozialmaßnahme zurückgab. Er wußte dabei aber, daß von seiner Arbeit der Sicherheitsapparat gemästet wurde, der dafür sorgte, daß er im Lande bleibe, der dafür sorgte, daß er nicht streike, der die Regierung vor Kritik beschützte, die von ihm hätte kommen können - wenn er genug Zeit zum Nachdenken gehabt hätte und dann zu viel Mut oder zu wenig Ausweg.

Arbeitslager, Haftstrafe bei unerfüllter Arbeitspflicht, sozialistische Arbeitsmoral, Asozialitätsparagraph, Planerhöhung, Leistungssteigerung, Rechenschaftslegung, dialektische Einheit von Kritik und Selbstkritik, sozialistischer Wettbewerb etc. etc. sind dem Denken Lafargues jedoch ganz und gar entgegengesetzt.

Die Forderung nach Reduktion der Arbeit auf jenes Minimum, das sie zur „Würze der Vergnügungen der Faulheit" werden läßt, ist auch heute trotz Massenarbeitslosigkeit keine selbstverständliche. Seit der allzu friedlichen Revolution ist von konservativen Politikern und Unternehmern in stereotyper Wiederholung nur Gegenteiliges als Programm der Beseitigung des Sozialstaates erklungen.

Peter Stihl, der Präsident des Industrie- und Handelstages, sprach sich im *stern* 26/1994 offen für die Kürzung der Sozialhilfe aus, nicht einmal die von ihm gelobte Regierung Kohl habe dazu genügend „Mut aufgebracht". Er erklärte: „Alles gehört auf den Prüfstand - von der Sozialhilfe bis zum Rentensystem." Und: „Was uns in Deutschland fehlt, sind Arbeitsverhältnisse mit einer Entlohnung unterhalb der gültigen Tarifverträge." Bei der „Neugestaltung des Sozialstaates" seien die „jeweiligen Sozialflügel" der Parteien „die größten Hindernisse" (*Die Woche*, 17. 3. 1994).

Die CDU-Regierung gefällt sich in mehr oder weniger offener Sozialhetze. Das stets wiederholte Lohnabstandsgebot heißt nicht mehr, als daß der Sozialhilfeberechtigte noch weniger erhalten soll, als er beim miesesten Job verdienen würde und dies selbst dann, wenn er nicht einmal diesen bekommt, denn es geht bei diesem Gebot doch lediglich um die Motivation, auch den miesesten Job bekommen zu wollen. Die Propaganda vom „Sozialmißbrauch durch Leistungsbezieher" dient nur der Kriminalisierung der Armen und zur Propaganda verhängnisvoller Arbeitsmoral.

Die Schrift Paul Lafargues ist daher als klares Gegenkonzept von bleibender Aktualität, mögen auch heutige Arbeitszeiten schon unter jenen liegen, die dereinst Praxis waren, so funktioniert die Ökonomik nicht wesentlich anders; nur der Finanzpolitik kommt heute eine wesentlich größere Bedeutung im System zu.

Geleistete Arbeit wird zunehmend entwertet. Ob ABM, 249 h, Aktion 55 oder gar die Zwangsarbeit für Sozialhilfeberechtigte, all diese Maßnahmen führen zur Entwertung geleisteter Arbeit, da diese Arbeiten nicht nach Tarif entlohnt werden. Ob sich die oder der Einzelne verständlicherweise darüber freut, wenigstens z.B. in eine ABM-Maßnahme geraten zu sein, ändert an der damit einhergehenden Entwertung von Arbeit nichts.

Um einem eventuellen Aufbegehren der Erwerbslosen (Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern) mit den negativen Folgen für die systemstabilisierende Arbeitsmoral mittels Demütigung vorzubeugen, werden Arbeitsverhältnisse mit Zwangscharakter geschaffen. Die staatliche Zwangsoffensive zielt auf Einsparung von Lohnersatzleistungen. Wer Sozialleistungen bezieht, muß auf seine „Arbeitsbereitschaft" überprüft werden, wer sich diesem Zwang nicht unterwirft, erhält auch keine Unterstützung mehr. Dieser Prozeß wird vom Abbau regulärer Arbeitsplätze im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben begleitet, wo dann die „billigen" Zwangsarbeiter zum Einsatz kommen.

Nach Angaben des Deutschen Städtetages wurden 1993 bundesweit ca. 50.000 Menschen, die Sozialhilfe bezogen, zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die einzelnen Städte und Landkreise entwikkeln immer differenziertere Modelle.

Nachdem der Plan des Beigeordneten Andreas Müller für 5.000 Menschen in Leipzig unter Umgehung des Stadtrates zu bekannt geworden war, zog ihn die Stadtregierung des OBM Lehmann-Grubes (SPD) zurück. Fünf Verweigerer der Zwangsarbeit hatten schon die Sozialhilfe gekürzt bekommen - was jedoch rückgängig gemacht wurde! Mehrheitlich beschloß der Stadtrat (67 Ja/ 26 Nein/ 5 Enthaltungen) dann die *„Aufstiegsvariante"*, d.h. wer einige Monate Zwangsarbeit im Stützpunkt verrichtet und dafür nur eine Mehraufwandsentschädigung zur Sozialhilfe bekommt, darf sich Hoffnungen auf einen einjährigen befristeten untertariflich bezahlten Arbeitsvertrag machen, vorausgesetzt sie oder er verhält sich angepaßt. Matthias von Hermanni, Leiter des Stützpunktes, zur Zwangsarbeit: „Es gibt gewisse Parallelen zum Arbeitsdienst im Dritten Reich. Aber deswegen bin ich doch kein Nationalsozialist." (Kreuzer 2/1994, S. 16)

Der Zwangsarbeit haben die Sozialhilfeinitiativen Ende Januar in Heidelberg ebenso wie die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (BAG) Anfang Februar in Alt-Schwerin den Kampf angesagt. Sie riefen auf:

**Sabotiert die Zwangsarbeit!** um sowohl Betroffene wie Beschäftigte der Behörden, welche die Zwangsarbeit organisieren sollen, wie auch alle anzusprechen, die in der staatlichen Arbeitspflicht einen Angriff auf individuelle Rechte, Tarife, Löhne, normale Arbeitsplätze und Demokratie erkennen.

Um dergleichen Prozesse aus der Perspektive des Rechtes auf Faulheit und dessen krisenmindernder Wirkung auf die Ökonomik zu verstehen, vermag Lafargues Schrift auf humorvolle Weise Einsichten zu vermitteln. Es kann als kurze ideologiekritische Einführung in die Makroökonomik gelesen werden. Viel Spaß und Erkenntnis mit Paul Lafargue!

Das Heft ist gegen 7 DM für Beschäftigte und 4 DM für Nichtbeschäftigte (in Briefmarken oder als Scheck) beim NEUEN FORUM in Leipzig zu bestellen.

# EINLADUNG

## zum X. Bundesforum des NEUEN FORUM

### Liebe Mitglieder des NEUEN FORUM,
### liebe Freundinnen und Freunde,

zu unserem Bundesforum, das vom 9. bis 11. Juni 1995 in Arendsee (bei Salzwedel) stattfinden wird, laden wir Euch herzlich ein. Der Tagesordnungsvorschlag des Bundeskoordinierungsrates:

***Freitag***
10 Uhr: Eröffnung
- Wahl der Tagesleitung
- Bestimmung der Schriftführer
- Bestätigung der Geschäftsordnung
- Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
- Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
- Bestätigung der Mandatsprüfung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
- Anträge zur und Bestätigung der Tagesordnung
- Wahl der Antragskommission
- Vorstellung der Gäste

11 Uhr: - Berichte aus den Ländern
- Bestätigung des Rechenschaftsberichtes über die Finanzen für 1993 und Entlastung von Geschäftsführung und Vertreterrat in Finanzsachen
- Vorabbericht über die Finanzen 1994

12 Uhr *Mittag*

13 Uhr: - Rechenschaftsbericht des BKR und Diskussion
- Eingangsreferate

*Pause*

16 Uhr: Arbeitsgruppen:
Kommunalpolitik
Zukunftswerkstatt
Amnestieproblematik
Wohnungspolitik und Mieten

*dazwischen Abendbrot*

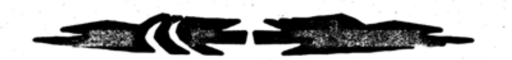
***Samstag***
10 Uhr: - Bericht und Diskussion zu Arbeitsgruppenergebnissen und Beschlußfassung zu den dazugehörenden Anträgen
- Beschlußfassungen zu Satzungsänderungen

*dazwischen Mittag*

20 Uhr: - Frustablassen mit Musik u.ä.

***Sonntag***
10 Uhr: - Wahl der Wahlkommission
- Wahl des BKR und Vertreterrates
- Entlastung des alten BKR
- Wahl der Schlichtungs- und Revisionskommission

## Wie komme ich in den Luftkurort Arendsee?



**Z.B. mit dem Auto** :

- entweder von Wittenberge (Norden) oder Stendal (Süden) auf der B 189 bis Höhe Seehausen, dann auf die B 190 abbiegen in Richtung Salzwedel/Arendsee
- oder auf der B71 oder B 248 bis Salzwedel (Westen) und dann auf die B 190 bis Arendsee
- aus östlicher Richtung bietet sich eine kleinere Landstraße an, die ab Nauen (A5) kommend ab Friesack befahren werden kann (dann über Havelberg und Seehausen zur B 190) oder von Neuruppin (B 167) kommend über Bückwitz (B 102) nach Rhinow und dann weiter nach Havelberg

**mit dem Bus oder der Bahn:**

- Magdeburg–Stendal–Osterburg–Seehausen - Bus bis Arendsee
- Rostock–Schwerin–Wittenberge–Salzwedel–Arendsee

**oder mit dem Boot:**

- Achtung Wassersportler! 3 km nordwestlich von Arendsee ist der günstigste Anlegepunkt auf der Ohre. Von dort aus gelangt Ihr über den Ort Schrampe nach Arendsee

Das Kinder- und Erholungszentrum, in dem wir tagen und nächtigen, befindet sich in der Lindenstr. 18. Aus östlicher Richtung kommend in Arendsee an der ersten Kreuzung rechts abbiegen in Richtung Zeltplatz. Linker Hand befindet sich dann der See und auf der rechten Seite vor dem Zeltplatz weist ein bordeauxfarbiges Schild zum Kinder- und Erholungszentrum (nicht größer als ein Einbahnstraßenschild). An dessen Stange werden wir ein weiteres Schild mit Hinweis auf unser Bundesforum anbringen. Also Augen auf: der rechts gelegene Wald ist grün!

***Gute Fahrt!***

*Sabine Leloup*

# Antrag an das Bundesforum 01

## Änderung der Rahmensatzung vom 13.06.1992

**§ 6 (1)**
Die beiden letzten Sätze werden gestrichen und durch folgenden ersetzt:
*... Jede Basisgruppe hat den Anspruch, delegierte zu entsenden: Drei Mitglieder einen Delegierten, bis zu sechs Mitglieder zwei Delegierte, bis zu neun Mitglieder drei Delegierte usw.*
Begründung: Nach gültiger Satzung hat eine Gruppe mit 10 Mitgliedern, bei 1500 Gesamtmitgliedern, nur ein Mandat. Selbst bei nur 100 Gesamtmitgliedern hat diese Gruppe nur zwei Mandate. Das erscheint bei unserer Mitgliedsstärke unangemessen.

**§ 8 (1)**
Der Satz "Er besteht aus den vom Bundesforum zu wählenden mindestens drei Mitgliedern aus jedem Landesverband." wird geändert in:
*Er besteht aus den vom Bundesforum zu wählenden Mitgliedern aus jedem Landesverband. Jeder Landesverband hat Anspruch auf drei stimmberechtigte Sitze. Der Landesverband gilt als vertreten, wenn mindestens ein Mitglied gewählt ist.*
Begründung: Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Landesverbände keine drei Mitglieder für den BKR mehr stellen können oder wollen. Um ein arbeitsfähiges Gremium zu haben, sollten die Landesverbände je drei stellen. Wer das aber nicht macht, legt die Verantwortung vertrauensvoll in die Hände des bestehenden BKR und seiner Mitglieder.

**§ 11 (1)**
Der erste Satz wird gestrichen und durch folgenden ersetzt:
*Der Bundeskoordinierungsrat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Landesverbände vertreten sind und ein Vertreterratsmitglied anwesend ist ...*

*LANDESSPRECHERRAT BRANDENBURG*

## AG Bauen/Wohnen/ Mieten

**Hiermit möchte ich ein Angebot für eine Arbeitsgruppe zu obigem Themenbereich machen. Es gibt dabei drei Schwerpunkte:**

■ Der erste Schwerpunkt liegt im Bereich der Wohnungsnot. Angesichts von 1-2 Millionen fehlenden Wohnungen stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage ausreichender Wohnraum produziert werden soll und kann.

Der soziale Wohnungsbau der herkömmlichen Förderung ist teuer und wie beim sogenannten 3. Förderweg kaum noch sozial. Soll also besonders billig gebaut werden oder das Geld für Neubauprogramme an anderer Stelle aufgebracht werden, wie z.B. die PDS wählerwirksam fordert?

■ Ein zweiter Schwerpunkt ist das aus meiner Sicht ungerechte Fördersystem. Wer viel verdient oder viel hat, wird besonders stark gefördert. Herr Waigel will zwar in dieser Hinsicht den § 10e des Einkommensteuergesetztes ändern. Doch damit können Familien des unteren Einkommendrittels trotzdem kein eigenes Haus bauen oder kaufen. Die Frage ist, wer gefördert werden soll und wie. Genauso stellt sich die Frage, was gefördert werden soll - Hausbau, Hauskauf und auch Hausbesitz?

■ Für all jene, die in einer Mietwohnung wohnen (müssen?), ist natürlich der schwerste Schwerpunkt das Mietrecht. Zum Mietrecht stellen sich für diesen Teil der Bevölkerung (mehr als 50%) von ganz allein einige Fragen.

❑ Warum höhere Miete bei Neuvermietung?

❑ Warum muß der Mieter bei Modernisierungen auch noch nach neun Jahren die 11%ige Umlage bezahlen, nachdem die Modernisierungskosten vom Mieter abgezahlt wurden?

In Hinsicht auf Ostdeutschland sieht die Sache noch problematischer aus. Für die zum Teil katastrophale Wohnungsbausubstanz besteht hoher Investitions- und Modernisierungsbedarf.

Das bedeutet, die Leute wohnen in schlechten Wohnungen, für die sie hohe Mieten bezahlen sollen, damit die Häuser aufgemöbelt werden können. Sie sollen für Leistungen aufkommen, durch die sie zum Teil aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Zu dieser für die Mieter ohnehin schon unmöglichen Ausgangslage kommt nun die Übernahme des westdeutschen Vergleichsmietensystems hinzu, das z.B. das Ausweichen in kleinere Wohnungen aufgrund der hohen Neuvermietung unmöglich machen würde.

Zu den nur sehr kurz angerissenen Themenbereichen läßt sich mit Sicherheit noch mehr sagen. Und es gibt noch weitere Punkte, die wichtig sind. Falls es Leute mit Interesse und Lust gibt, über einige Fragen zu streiten und für das eine oder andere Problem nach Lösungen zu suchen, würde ich die Vorbereitung einer entsprechenden Arbeitsgruppe für das Bundesforum übernehmen.

Bei Interesse bitte kurze Nachricht an:

*ANDREAS KRUSE*
*NEUES FORUM BERLIN*

# Antrag an das Bundesforum 02

## Erklärung gegen weiteren Sozialabbau und Aushebelung des Tarifvertragssystems durch das Beschäftigungsförderungsgesetz

Durch Staat und etablierte Parteien wurde den Ostdeutschen nach der Wende ABM als Wundermittel für den sozialverträglichen Umstrukturierungprozeß der Wirtschaft und gegen die damit verbundene Erwerbslosigkeit angepriesen. Längst aber hat sich gezeigt, daß ABM nicht nur der friedlichen Durchsetzung von Massenabwicklung und Massenerwerbslosigkeit diente, sondern auch als Rutschbahn in die Armut. Der Anspruch, daß der 2. Arbeitsmarkt als Brücke zum 1. Arbeitsmarkt funktioniert, ist längst zur Farce geworden. Nachdem hunderttausende Arbeitsplätze zerstört und eine großflächige Durchsetzung von AB-Maßnahmen in Ostdeutschland gelungen war, wurde von der Bundesregierung die existenzsichernde Funktion der Einkommen auf dem 2. Arbeitsmarkt immer weiter untergraben. Durch den BAT-Ost, Abgruppierung der Tätigkeiten, den schließlichen ABM-Stopp sowie die Herabsetzung der Arbeitszeiten und Einkommen auf 80 Prozent mit der ABM-Nachfolgeregelung des § 249 h in der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, haben sich die Einkommen des 2. Arbeitsmarktes immer mehr dem Sozialhilfeniveau angenähert. Mit dem Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes seit dem 1. Januar 1995 werden für verbliebene ABM von der Bundesanstalt für Arbeit die Gehälter um 10 Prozent sowie der Qualifizierungsanteil gekürzt. Die Differenz dürfen die vom Bund immer stärker geschröpften und finanziell belasteten Länder übernehmen, die dazu jedoch immer weniger befähigt werden.

Doch wurden die Instrumente der Arbeitsförderung nicht nur als Rutschbahn in die Armut ausgebaut, sondern auch als Peitsche gegen das bestehende Tarifvertragssystem sowie das Prinzip der Freiwilligkeit der Arbeit. Das gilt vor allem für die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes mit der gesetzlichen Zwangsreduzierung der Arbeitzeit auf 80 Prozent sowie der Möglichkeit des Staates, Personen nach drei Monaten Erwerbslosigkeit ohne Ansehen ihrer Qualifikation und ihres bisherigen Einkommens in Tätigkeiten zwangsweise einzuweisen. Das gilt analog aber auch für die Novelle des Bundessozialhilfegesetzes, mit der der Versuch unternommen wurde, die Kommunen zur Heranziehung von Sozialhilfeempfängern für Zwangsarbeiten zu zwingen. Dieser staatliche Angriff auf Tarifsystem und Freiwilligkeit der Arbeit hat sich mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz weiter verschärft. Während mit der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes die Reduzierung der Einkommen auf 80 Prozent durch die Reduzierung der Arbeitszeit im gleichen Umfang erreicht, also das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wenigstens formal eingehalten wurde, wird mit der jetzt erfolgten Durchsetzung von 90 Prozent des Tariflohnes für 100 Prozent der Arbeitszeit durch die Bundesanstalt auch noch diese wesentliche Grundlage der bisherigen Arbeits- und Sozialordnung der BRD ausgehebelt. Die untertarifliche Bezahlung, die bisher schon im Osten galt, wird darüber hinaus jetzt auch auf den Westen ausgedehnt. Dabei werden die staatlichen Förderkonditionen gegenüber den vergleichbaren Regelungen des § 249 h im Arbeitsförderungsgesetz noch verschlechtert. Nun droht auch im Westen Realität zu werden, was im Osten längst der Fall ist: die Verwandlung des 2. Arbeitsmarktes in ein Druckmittel gegen die Beschäf-

---

# *Dringende Bitte:*

### Liebe FORUM-Mitglieder!

*Zur Zeit wird innerhalb des NEUEN FORUM viel über unsere Zukunft als Organisation diskutiert. 5 Jahre nach der Wende ist es Zeit für einen kritischen Rückblick und einen Blick voraus. Um allen Mitgliedern in diesen notwendigen Diskussionsprozeß einzubeziehen, entstand die Idee einer Mitgliederbefragung. Deshalb wurden entsprechende Fragebogen verschickt. Die Ergebnisse der Befragung sollen der weiteren Diskussion im NEUEN FORUM und darüber hinaus einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des NEUEN FORUM zugute kommen.*

Leider haben erst ca. einhundertzehn FORUM-Mitglieder die Fragebögen zurückgesandt, sodaß eine sinnvolle Auswertung bisher nicht möglich war.

Für Rückfragen steht Micha Baehr unter folgender Telefonnummer zur Verfügung: 030 – 615 22 03.

**Falls einige FORUM-Mitglieder die im Februar versandten** Fragebögen **nicht erhielten, sollten sie sich bitte im Bundesbüro melden.**



tigten im 1. Arbeitsmarkt durch Lohn- und Sozialdumping. Im Osten wird die „Verschlankung“ des Staates schon längst durch die Übertragung staatlicher Regelleistungen auf untertariflich bezahlte und entrechtete Beschäftigte im 2. Arbeitsmarkt betrieben.

Mit der Durchsetzung dieser unsolidarischen, asozialen und staats-autoritären Lösung der Probleme der Massenerwerbslosigkeit und der Losung „Arbeit, Arbeit, Arbeit!“ werden die bisherigen Bedingungen der Arbeits- und Sozialordnung in der BRD radikal umgekrempelt. Der Unterbau einer reaktionären Sozialordnung zeichnet sich immer stärker ab, die auf zunehmender Entrechtung der Lohnabhängigen und einer Hierarchisierung der Arbeitsmärkte beruht. An deren unterster Stelle soll der Zwangstausch Sozialhilfe gegen Billigarbeit stehen.

Deshalb lehnt das NEUE FORUM das Beschäftigungsförderunggesetz ebenso grundsätzlich ab, wie die Novellen des Arbeitsförderungsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes. Wo immer möglich, müssen diese Gesetze bekämpft, über ihre gesellschaftlichen Folgen aufgeklärt und ihre Zwangsdurchsetzung boykottiert oder umgangen werden. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und in Bonn, ist von den Bundesländern zu fordern, daß sie die Differenz der ABM-Einkommen zu den Tarifeinkommen durch die Erhöhung der Landessätze begleichen. Sowohl bei landeseigenen ABM, wie auch bei ABM in freier Trägerschaft. Angesichts des jüngsten Finanzeklats in den Bundesländern, angefangen bei den vorgesehenen Diätenerhöhungen der Abgeordneten in Ostdeutschen Landtagen, ist die Zurückweisung dieser Deckung durch die Regierungsparteien CDU, FDP und SPD ein besonderer Skandal. Damit haben sich die in Bund und Ländern vor vier Jahren verkündeten Ansprüche an die Arbeitsmarktpolitik erneut als ideologisches Blendwerk für den allgemeinen Sozial- und Rechtsabbau erwiesen.

*NEUES FORUM BERLIN*
*ARBEITSGEMEINSCHAFT ARBEIT UND SOZIALE POLITIK*

# Das Gegen-Konzept zur Wirtschaftspolitik 1995

**Alljährlich läßt sich die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen von den sogenannten „Fünf Weisen“ überreichen. Deren wirtschaftspolitische Ratschläge dienen der Bundesregierung als Argumentationshilfe bei stereotyper Wiederholung ihrer ideologischen Leitsätze, die sich kurz und paradox zusammenfassen lassen: Profitmaximierung mittels Reallohnsenkung führt zu allgemeinem Wohlstand und Erhöhung der Beschäftigtenzahl.**

Mag diese Ideologie auch offensichtlich widersprüchlich anmuten, so wird sie doch von vielen geglaubt, selbst von Menschen, die auf anderen Gebieten durchaus mißtrauisch genug sind, um Interessenverschleierung zu durchschauen. Die alte Goebbels-Regel, es gäbe keine Lüge, die nicht durch stete Wiederholung in den Rang einer Wahrheit geadelt werden könne, trägt besonders dann geistige Früchte, wenn nur noch die Einheitsmeinung und kaum eine fundierte andere Meinung mehr zu vernehmen ist.
Unbeeindruckt von regierungsnahen Wirtschaftsinterpretationen veröffentlicht aber die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik aus Bremen seit 1975 in jedem Frühjahr ein Gegenkonzept. Seit den achtziger Jahren berücksichtigte die Gruppe in ihren Gutachten neben der Arbeitslosigkeit zunehmend auch sozial-ökologische Fragen. Im Zentrum des diesjährigen, kürzlich veröffentlichten Memorandums, stehen aber Überlegungen wie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern wäre.

Ausführliche Infos sind direkt bei der **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 33 04 47, 28334 Bremen** erhältlich.

Im Folgenden werden wesentliche Punkte kurz zusammengefaßt.

1. Arbeitszeitverkürzung ist entgegen tausendfach wiederholten Gegenteils nach wie vor der wichtigste Weg geblieben, um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.
Eine Arbeitszeitverkürzung für die 31,4 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland um 20% ließe 3,14 Millionen neue Stellen entstehen - selbst falls die Verkürzung nur zur Hälfte durch zusätzliche Neueinstellungen kompensiert werde!
Die Kosten für dieses Modell wären nach Auffassung des Memorandums sowohl auf Unternehmen als auch auf hochverdienende Arbeitende zu verteilen.

2. Wenn der private Verbrauch, die Kaufkraft, wächst, entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Wer mehr verdient und weniger Steuern zahlt, gibt mehr aus. Besonders hoch ist der Effekt natürlich, wenn niedrige Einkommensgruppen entlastet werden.
Vorschlag für 1995: Eine Steigerung der Gehälter um 6% erhöht die gesamtdeutsche (Netto-)Lohn- und Gehaltssumme um fast 49 Milliarden DM. Würden hiervon sogar 12% gespart, stünden für zusätzliche Konsumausgaben immerhin noch 43 Milliarden DM zur Verfügung. Dies ent-

# Antrag an das Bundesforum 03

## Änderungsantrag zum Satzungsantrag 2 des Landessprecherrates Brandenburg

Der Antrag und damit § 8 (1) Rahmensatzung wird geändert in:
*Er besteht aus den vom Bundesforum zu wählenden mindestens zwei Mitgliedern jedes Landesverbandes. Jeder Landesverband hat Anspruch auf bis zu drei stimmberechtigte Vertreter. Dabei ist die Amtszeit der Mitglieder des Bundeskoordinierungsrates auf zwei Jahre bzw. eine Amtsperiode, höchstens jedoch auf vier Jahre bzw. zwei Amtsperioden begrenzt. Die Wiederwahl muß mit mindestens 2/3 der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Delegierten erfolgen. Für nachgerückte bzw. ausgeschiedene Mitglieder des Bundeskoordinierungsrates gilt Satz 5, wenn ihre Amtszeit länger als die Hälfte einer Amtsperiode dauerte ...*
Begründung: „Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Landesverbände keine drei Mitglieder für den BKR mehr stellen können oder wollen." Das schreibt der LSR Brandenburg als Begründung zu seinem Antrag.
Wir sind hingegen der Ansicht, daß sich unter den Mitgliedern des NEUEN FORUM eine Mentalität verbreitet hat, Verantwortung wegzudelegieren und daß sich deswegen niemand mehr bereit findet, für Gremien des NEUEN FORUM zu kandidieren. Einer Bürgerbewegung, die einmal mit dem Ziel angetreten ist, gegen eine solche in der Gesellschaft vorhandene „Vertretermentalität" vorzugehen, und politische Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern zu fordern, steht das nicht gut zu Gesicht. In Grundsatz 4 unserer Satzung heißt es, daß das NEUE FORUM bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen. Daraus ergibt sich u. E. auch eine Verpflichtung aller FORUM-Mitglieder nach innen.
Die basisdemokratischen Ansprüche, die wir als Bürgerbewegung an die Gesellschaft stellen, sollten wir mindestens in unseren inneren Organisationsstrukturen umsetzen, wie z.B. die Absage an Ämterhäufung und Langzeitfunktionärstum.

*FÜR DIE AG KAIN ZWANG*
*AIMÉE ANDRICH, MICHAEL BAEHR, DETLEF GESCH, MICHAEL KONKOL*

---

spricht 430 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

3. Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in Höhe von 100 Milliarden DM jährlich ist notwendig für eine Dauer von fünf Jahren. Ein Fünftel davon sollte den öffentlichen Wohnungsbau fördern (200 000 zusätzliche Arbeitsplätze). 40 Milliarden DM müßten für ökologische Verkehrsumgestaltung fließen. Insonderheit, um öffentlichen Nahverkehr und die Verbindung von Eisenbahn und Wasserstraßen zu fördern (400 000 neue Arbeitsplätze). Der Rest gilt dem Dienstleistungsbereich im öffentlichen Sektor: Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen (nochmals 400 000 Arbeitsplätze).

4. Aufgrund der fast doppelt so hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bedürfte es eines industriepolitischen Sonderprogrammes in Höhe von 20 Milliarden DM.

5. Konsolidierung und Ausbau der Arbeitsmarktpolitik kostet 10 Milliarden DM. Inbegriffen sind die Qualifizierungskosten für Arbeitslose, um ihnen den Weg in reguläre Beschäftigung zu ebnen.

Pro Jahr ergibt sich für dieses Programm ein Finanzierungsbedarf von 130 Milliarden DM. Im Ergebnis könnten rund 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es gäbe somit rund sechs Prozent mehr Erwerbstätige als 1994.
Solchen Vorschlägen wird gemeinhin zuerst entgegnet, sie seien unbezahlbar, da das Geld dafür fehle. Was unterscheidet aber Geld z.B. von Haaren? Wenn ich weniger Haare habe, dann wäre es vermessen zu denken, andere hätten nun mehr. - Nicht so bei Geld! Es ist also stets auch eine politische Frage, woher Geld beschafft werden soll, wer derzeit zuviel davon bekommt. Doch zuerst muß gesehen werden, daß das Konzept selbst schon Einnahmen- und Ausgabenveränderungen hervorbringt. Der Zuschuß des Bundes für die Arbeitslosenhilfe sinkt um 10 Milliarden. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer könnten hingegen um 20 Milliarden steigen. Damit wären 30 Milliarden gedeckt, bleibt noch ein Bedarf von 100 Milliarden, der sich so beschaffen ließe:

1. Kürzung des Rüstungshaushaltes (5 Milliarden DM) und Subventionsabbau (10 Milliarden DM) sparen 15 Milliarden DM ein.
2. Auf der Einnahmenseite könnten ein verbesserter Steuereinzug (15 Milliarden), eine Arbeitsmarktabgabe (19 Milliarden), eine Ergänzungsabgabe statt des „Solidaritätszuschlages" (4 Milliarden), eine Investitionshilfeabgabe der gewerblichen Wirtschaft (15 Milliarden), eine Anleihe mit Zeichnungspflicht (15 Milliarden), eine Abgabe aus Geldvermögen (10 Milliarden) und die abgestufte Anpassung der Einheits- an die Verkehrswerte von Grund und Boden (20 Milliarden) die noch fehlende Summe einbringen.

Da die Mehreinnahmen nur langsam die Kassen füllen, entsteht eine Finanzierungslücke, die kurzfristig durch öffentliche Nettokreditaufnahme gedeckt werden müßte.

*OLIVER KLOß*
*NEUES FORUM LEIPZIG*

# Petition

## zur Novellierung des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes

**Gerichtet an die**
- Vorsitzenden der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/GRÜNE und FDP im Deutschen Bundestag;
- an den Bundeskanzler;
- an die Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie den Regierenden Bürgermeister von Berlin

**ist die folgende Petition.**

**Wer sie noch unterzeichnen möchte, wende sich bitte an das Archiv der Robert–Havemann–Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, Telefon (030) 4456503 oder Fax (030) 4464844 (Matthias–Domaschk–Archiv).**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

wir sind frühere DDR-Oppositionelle, die wegen ihres aktiven politischen Widerstands und ihres systemkritischen Engagements besonders intensiv durch die Stasi verfolgt wurden. Seit 1990 warteten wir auf angemessene Rehabilitierungsgesetze. Heute stellen wir fest, daß wir abermals ausgegrenzt werden.

Während das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz von 1992 noch eine gewisse Entschädigung für politische Gefangene regelt, ist das „Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" (verwaltungsrechtliches und berufliches Rehabilitierungsgesetz) ein Zeugnis der Ignoranz gegenüber den Regimekritikern in der DDR. Es regelt zwar eine Entschädigung für die aus dem Grenzgebiet Zwangsausgesiedelten, aber für die Oppositionellen, die wegen ihres aktiven politischen Widerstands systematisch aus dem Hinterhalt verfolgt wurden (und hier auch nur für einen Teil der Betroffenen) ist lediglich eine rentenrechtliche Angleichung an die nicht Verfolgten und eine Erweiterung der Altersgrenze beim BAföG vorgesehen - sonst nichts. Bis zur Rente sollen die von der Stasi veranlaßten Benachteiligungen nun fortwirken. Auch die von der Stasi beabsichtigte Verzögerung in der beruflichen Entwicklung ist jetzt festgeschrieben, wenn man keine beschleunigte Angleichung an die nicht Verfolgten vorsieht.
Den entscheidenden Grund dafür, daß das verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierungsgesetz im letzten Jahr in dieser katastrophalen Form ausgefertigt wurde, sehen wir darin, daß sich der Gesetzgeber bisher weigert, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, auf welche Weise die Oppositionellen verfolgt wurden. Die Tatsache, daß die Methoden der gezielten politischen Verfolgung in der DDR seit Mitte der siebziger Jahre im wesentlichen unsichtbare waren, blieb nahezu unberücksichtigt. Für die Wegbereiter des revolutionären Herbstes von 1989 in Ostdeutschland ist das Gesetzeswerk „zur Bereinigung von SED-Unrecht" ein Schlag ins Gesicht.

Politisch Oppositionelle, die in der DDR bleiben wollten, wurden in den letzten 15 Jahren der DDR kaum noch inhaftiert; man hat sie zunehmend heimlich „paralysiert", wie das subtile Kaltstellen von Menschen im Stasi-Deutsch hieß. Nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki im August 1975, als auch die DDR einige grundlegende Menschenrechte anerkennen mußte, wurde die Stasi nicht darauf orientiert, die Verfolgung der politischen Gegner zu beenden, sondern diese in den Bereich des Unsichtbaren zu verlagern. Für die verdeckte Demontage von Biographien durch die Stasi gab es eine Kategorie: die „Operativen Vorgänge" (OV). Und es gab eine damit verbundene Methode: die „Zersetzungsmaßnahmen". Ein Operativer Vorgang war in gewisser Weise vergleichbar mit einem strafprozessualen Ermittlungsvorgang, nur daß die Vorgangseröffnung dem Verfolgten nicht mitgeteilt wurde und die Bestrafung zwar außerhalb des Gefängnisses stattfand, aber sofort einsetzte. Die Zersetzung im Rahmen von Operativen Vorgängen war die Stasi-charakteristische Form der gezielten politischen Verfolgung seit Mitte der siebziger Jahre. Über die Mechanismen und die Auswirkungen solcher Zersetzungsmaßnahmen besteht noch heute eine so große Unkenntnis, daß allgemein die Meinung vorherrscht, wer als Regimekritiker nicht im Gefängnis war, „dem ist ja gar nichts passiert".

**Die Zersetzung war eine Bestrafung ohne Urteil.** Sobald die Stasi wegen unseres systemkritischen Engagements hinter unserem Rücken einen operativen Vorgang eingeleitet hatte, wurden wir nicht nur mittels ständiger Beobachtung, Bespitzelung, Briefkontrolle, Telefonüberwachung, heimlicher Wohnungsdurchsuchungen sowie dem Abhören unserer Wohnungen und Arbeitsräume ausspioniert, sondern zugleich mit oft jahrelangen und „personenbezogenen" Zersetzungsmaßnahmen bestraft.

Als DDR-Kritiker, die mit Operativen Vorgängen verfolgt wurden, haben wir erfahren, was Zersetzung bedeutete: Wir waren einer Bildungsdiskriminierung ausgesetzt, das heißt unsere Bewerbungen für Abitur, sowie für Fach- und Hochschulstudium wurden abgewiesen oder wir wurden

aus politischen Gründen exmatrikuliert. Wir wurden aus dem beruflichen und öffentlichen Leben ausgegrenzt, das heißt neben der Verhinderung jeder beruflichen Weiterentwicklung führte die systematische Verfolgung zu massiver Einengung und entwürdigenden Kontrollen am Arbeitsplatz, zur Blockierung eines Stellenwechsels und zur Ablehnung von Gewerbegenehmigungen, zur Verhinderung von Haus- und Grundstückskäufen sowie zur Herausdrängung aus gesellschaftlichen Positionen. Wir wurden von Freunden und Familienangehörigen isoliert, z.B. durch Reisesperren. Nahezu alle Bundesbürger oder Ausländer, die im Kontakt mit uns standen, hat man mit Einreisesperren belegt, das heißt, sie durften über Jahre hinweg nicht mehr in die DDR einreisen. Viele von uns wurden mit Ausreisesperren belegt, daß bedeutete, daß wir jahrelang in keiner Richtung die Grenzen der DDR überschreiten durften. Und wir wurden durch exakt inszenierte Verleumdungen, gegen die wir uns kaum zur Wehr setzen konnten, sowie durch indirekte und direkte Drohungen psychisch terrorisiert. All dies geschah im Halbdunkel.

Für unsere Mitmenschen war es oft überhaupt nicht vorstellbar, was da passierte. So z.B. konnten viele gar nicht glauben, daß viele von uns jahrelang an der Grenze zur Tschechoslowakei immer wieder begründungslos zurückgeschickt wurden und uns die Reisesperre nicht einmal mitgeteilt wurde, so daß wir immer bis zu einem Grenzübergang fahren mußten, um zu probieren, ob wir wieder reisen dürfen oder nicht. Es war auch nicht vermittelbar, warum wir beruflich immer wieder scheiterten. Die Stasi hat uns regelmäßig mit unsichtbarer Hand die Beine weggezogen. Wir waren im Alltag dauernden aufreibenden Auseinandersetzungen ausgesetzt, die von der Stasi initiiert waren. Wir selbst wußten um die ständige Beobachtung und mußten bei all unserem Tun immer überlegen, ob und wie das gegen uns verwendet werden kann. Wir standen unter einem ständigen Druck, den Außenstehende nicht sahen. Wir mußten vorsichtig, zurückhaltend, oft sogar abweisend werden, so daß wir uns teilweise selbst isolierten. Und diejenigen unter uns, die „ganz normal" offen blieben, waren in kürzester Zeit bis in die persönlichsten Beziehungen hinein von Stasi-Agenten umgeben, die dann nicht nur Informationen weitergaben, sondern auch Zersetzungs-Aufträge ausführten - bis hin zur „Störung der Privatsphäre, wie die planmäßige Zerstörung von Ehen genannt wurde. Die tatsächliche Alltagssituation, wie wir sie als Opfer von Zersetzungsmaßnahmen durchlebt haben, läßt sich Außenstehenden heute noch schwerer vermitteln als damals.

Im Endeffekt sind die Zersetzungsmaßnahmen der Stasi mit Geldstrafen oder Freiheitsentzug vergleichbar. Auch wir mit Zersetzungsmaßnahmen Verfolgten, wurden - durch die berufliche Ausgrenzung - ums Geld gebracht, in unserer Freiheit eingeschränkt und psychisch terrorisiert. Diese Art der Bestrafung war zwar in den meisten Fällen nicht so hart wie eine Gefängnisstrafe, aber sie wurde ohne Urteil vollstreckt, ja überhaupt ohne irgendeinen Bescheid, und man hatte keinerlei Einspruchsmöglichkeit.

Wir kennen nun auch die Instruktion dazu. In der von Mielke unterschriebenen **Stasi-Richtlinie 1/76** vom Januar 1976 über Operative Vorgänge heißt es unter der Überschrift „Zersetzungsmaßnahmen":
*„Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:*
*- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, Überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;*
*- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen; (...)*
*- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z.B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw.*
*Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen."*
(Aus der Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)/ Geheime Verschlußsache MfS o008 Nr. 100/76, S. 47-48.)

**Zersetzung** war eine Handlung, *„durch die einer Person von einem Träger staatlicher Gewalt oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzlich (...) geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um (...) sie oder andere Personen einzuschüchtern."* Und das ist nichts geringeres als Folter. Das Zitat ist ein die psychische Folter betreffender Auszug aus der Folterdefinition der UNO. (Entschließung der Vereinten Nationen 3452 (XXX) vom 9. Dezember 1975) Wir, die mit Operativen Vorgängen verfolgt wurden, waren diejenigen, die sich innerhalb der DDR der jahrelangen politischen Verfolgung aussetzten, weil wir solange es ging, innerhalb der DDR bleiben und wirken wollten. Und spätestens im Jahre 1989 hat sich gezeigt, wie wichtig es war, daß es Wegbereiter der Demokratisierung in der DDR gab. Zu uns gehören auch diejenigen, die dann während des revolutionären Herbstes 1989 in der ersten Reihe standen, um - unter großen persönlichen Risiken und Entbehrungen - der Macht des SED- und Stasi-Apparates ein schnelles aber gewaltfreies Ende zu bereiten. Für unser beharrliches systemkritisches Engagement zur SED-Zeit sind wir stets nur bestraft worden. Auch danach haben wir dafür nie eine „Belohnung" eingefordert, denn unser politischer Widerstand war immer uneigennützig. Diese Form der Demut hat nun allerdings ein Ende, wenn wir merken, daß nicht nur unsere Leistungen und unsere Verfolgung ignoriert werden, sondern zudem noch unsere Uneigennützigkeit schamlos

ausgenutzt wird. Die Zersetzungs-Opfer, das heißt, die DDR-Oppositionellen, sind jetzt die einzigen der von der SED-Diktatur Verfolgten, die aus den beiden vorliegenden Gesetzen „zur Bereinigung von SED-Unrecht" von 1992 und 1994 keinen angemessenen Entschädigungsanspruch ableiten können. Müssen die Dissidenten der Diktatur erst in den Hungerstreik treten, damit der Gesetzgeber des Rechtsstaates seine - die Stasi-Absicht vollstreckende - Politik der Ausgrenzung aufgibt?

Die Strategie der Stasi, die Bestrafung der politischen Gegner aus der relativen Öffentlichkeit des Strafrechts in das Dunkel der heimlichen Zersetzungsmaßnahmen zu verlagern, hat nun paradoxerweise auch dazu geführt, daß die ohne Urteil Bestraften im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz von 1992 nicht berücksichtigt wurden. Dabei waren die Zersetzungsmaßnahmen immer an einen Operativen Vorgang gekoppelt und der wurde bei seiner Eröffnung in jedem Fall mit solchen politischen Paragraphen des DDR-Strafgesetzbuches begründet, die in § 1, Absatz 1, 1. des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes als „rechtsstaatswidrig" bezeichnet sind.

Also warteten wir auf das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Doch auch das verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierungsgesetz geht auf die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen nicht ein. Zu der Anhörung zum Entwurf dieses Gesetzes im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 29. September 1993 war eine große Lobby derer geladen, die wegen ihres Wohnortes im Grenzgebiet oder Mauerstreifen verfolgt waren. Demgegenüber hatte man mit Michael Beleites nur einen einzigen Vertreter derer geladen, die wegen ihres systemkritischen Engagements mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurden. Seine Vorschläge zur Rehabilitierung der Zersetzungs-Opfer stießen im Rechtsausschuß auf taube Ohren. Bei der Ausfertigung des Gesetzes hat man sie gleich gänzlich beiseite geschoben, so daß nun die wegen ihres aktiven politischen Widerstands Verfolgten bei der Entschädigung nahezu unberücksichtigt bleiben.

Wir haben jetzt drei Rehabilitierungsgesetze, die die Kategorien „Operativer Vorgang" und „Zersetzungsmaßnahme" überhaupt nicht kennen. Damit wird nicht nur das Leid ignoriert, das wir wegen unseres politischen Widerstands in der DDR ertragen mußten, sondern auch die von der Stasi verheimlichte Bestrafung ohne Urteil für nicht existent erklärt. Genau so hatte sich die Stasi das auch vorgestellt - im Falle des Fortbestehens der DDR!

Für viele Menschen wirkt die damalige Verfolgung benachteiligend bis in die heutige Zeit hinein. Es ist dringend notwendig, den Opfern von Zersetzungsmaßnahmen wirkliche Hilfen zu gewähren und die vorliegenden Rehabilitierungsgesetze, einschließlich der Antragsfristen, entsprechend zu ändern bzw. zu ergänzen. Wir erwarten von Ihnen, sich für schnelle Lösungen einzusetzen die sowohl auf der finanziellen als auch auf der beruflichen Ebene wirksam werden:

**1. Die mit Operativen Vorgängen Verfolgten waren während der gesamten Verfolgungszeit (der Zeitdauer des Operativen Vorgangs) Opfer von Zersetzungsmaßnahmen, zum Teil auch darüber hinaus.** Die Betroffenen wurden in nahezu allen Lebensbereichen massiv eingeschränkt und zudem psychisch terrorisiert. Dafür muß den Opfern eine mit der Haftentschädigung vergleichbare Kapitalentschädigung gewährt werden, die, bemessen an der Zeitdauer des Operativen Vorgangs, etwa die Hälfte der Kapitalentschädigung für Haftzeiten laut § 17, Absatz 1 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ausmacht. Wir politisch Verfolgten wissen zu gut, daß das Leid, das wir ertragen mußten, sich nicht mit Geld bemessen läßt. Aber das kann nicht als Begründung dafür hergenommen werden, daß wir aus einer handhabbaren Entschädigung ausgeschlossen werden. Diejenigen der Betroffenen, die heute nicht existentiell darauf angewiesen sind, könnten ja den Betrag in einen Hilfsfonds überweisen, der den Verfolgten zugute kommt, die heute eine noch größere Hilfe brauchen. Auch über staatliche Beihilfen als Anschubfinanzierung für verfolgungsbedingt verspätete Unternehmensgründungen sollte nachgedacht werden.

**2. Wer mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurde, hatte keine Chance, zu einem Fach- oder Hochschulstudium zugelassen zu werden.** Wer also schon vor dem Beginn eines Studiums so aktiven politischen Widerstand geleistet hatte, daß gegen ihn ein - personenbezogener - Operativer Vorgang eröffnet wurde, kam für ein Studium gar nicht erst in Frage, zum Teil nicht einmal für die Erlangung der Hochschulreife. Laut § 1, Absatz 1 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes ist nur derjenige anspruchsberechtigt, der infolge einer politisch begründeten Maßnahme in der DDR „zumindest zeitweilig weder seinen bisher ausgeübten, begonnenen, erlernten oder durch den Beginn einer berufsbezogenen Ausbildung nachweisbar angestrebten noch einen sozial gleichwertigen Beruf ausüben konnte". Die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen konnten die von ihnen angestrebte Berufsausbildung gar nicht erst beginnen. Es muß dieser Paragraph so geändert werden, daß die Ablehnung einer Studienbewerbung zu einer Zeit, als gegen den Betroffenen ein Operativer Vorgang lief, als Begründung für den „nachweisbar angestrebten Beruf", den er nicht ausüben konnte, anerkannt wird.

**3. Wer mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurde, hatte praktisch keine Chance zur beruflichen Weiterentwicklung, jedenfalls nicht außerhalb kirchlicher Einrichtungen.** Besonders diejenigen, gegen die schon vor oder zu Beginn ihrer berufsbezogenen Ausbildung ein Operativer Vorgang eingeleitet wurde und der Vorgang eine längere Laufzeit hatte, sind bis heute massiv benachteiligt. Da im beruflichen Leben in Deutschland Abschlüsse und nicht Fä-

higkeiten oder moralische Qualifikationen honoriert werden, müssen die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen möglichst rasch zu den Abschlüssen kommen, die sie ohne die Verfolgung heute hätten. Dazu ist es notwendig:
- diejenigen, denen die Erlangung der Hochschulreife (Abitur, Fachschulstudium) zu einer Zeit abgewiesen wurde, als gegen sie ein Operativer Vorgang lief, auch ohne formelle Hochschulreife zum Hochschulstudium zuzulassen, auch für zulassungsbeschränkte Fächer;
- daß für Betroffene, die länger als 4 Jahre mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurden, zusätzlich ein verkürztes Externverfahren gefunden wird, das zum Hochschulabschluß führt und
- daß, wenn der Betroffene länger als 4 Jahre mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurde und er (anhand autodidaktisch erworbenen Wissens, Fähigkeiten, bisheriger Arbeiten und Veröffentlichungen bzw. unveröffentlichter Manuskripte, wenn diese unter die Zensur gefallen sind) eine tatsächliche Qualifikation nachweisen kann, die der von Hochschulabsolventen entspricht, zusätzlich zur Anerkennung der Hochschulreife ein Verfahren gefunden wird, das ein Erlassen von Prüfungen und auch eine Zuerkennung des Hochschulabschlusses erlaubt. Außerdem wäre es denkbar, diesen Kreis der Verfolgten auch ohne Hochschulabschluß promovieren zu lassen.

**4. Eine Verfolgung durch Zersetzungsmaßnahmen beschränkte sich nicht auf das Gebiet der DDR.** Im Zusammenhang mit der Verfolgung von DDR-Kritikern in der Bundesrepublik sind in der zweiten Durchführungsbestimmung zur OV-Richtlinie 1/76 von 1985 explizit genannt:
*- Zersetzung feindlicher Stellen und Kräfte, (...) - materielle und finanzielle Schädigung feindlicher Stellen und Kräfte oder einzelner führender Personen, - Störung der Privatsphäre maßgeblicher, den feindlichen Stellen und Kräften angehörender Personen mit dem Ziel, diese von der feindlichen Tätigkeit abzulenken bzw. zu isolieren.“*
(Aus der 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie Nr. 1/76 über die Bearbeitung Zentraler Operativer Vorgänge (ZOV) / Geheime Verschlußsache MfS o008 Nr. 6/85, S. 24.)
Die im zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Artikel 2, § 2, Absatz 1, 2. genannte einschränkende Klausel: „Die Verfolgungszeit (...) endet mit dem Verlassen des Beitrittsgebiets“, das heißt der DDR, muß aufgehoben werden für diejenigen, die auch nach Verlassen der DDR weiterhin mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurden, also für alle Bundesbürger, solange gegen sie ein Operativer Vorgang lief.

Die Überprüfung der Verfolgungszeiten ist einfach. Auch wenn Akten nicht mehr vorhanden sind, ist es problemlos überprüfbar, wer zu den Betroffenen gehört. Aus denselben Karteien bei der Gauck-Behörde, die derzeitig für die routinemäßige Überprüfung einer Zusammenarbeit mit der Stasi genutzt werden, geht auch hervor, wer über welchen Zeitraum von welcher Abteilung aufgrund welcher Paragraphen des DDR-Strafgesetzbuches mit einem Operativen Vorgang verfolgt wurde. Auch bei „Operativen Personenkontrollen“ (OPK), die laut Stasi-Richtlinien zwar eine gezielte Informationsbeschaffung über Brief- und Telefonkontrolle sowie Bespitzelung, aber keine Zersetzungsmaßnahmen vorsahen, muß davon ausgegangen werden, daß es mitunter aus Übereifer von Stasi-Mitarbeitern auch hier zu Zersetzungsmaßnahmen kam. Das sollte gegebenenfalls über die OPK-Akten geprüft werden. Bei Operativen Vorgängen (OV) oder Teilvorgängen (TV/TOV) von Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß während der gesamten Zeitdauer des Vorgangs auch Zersetzungsmaßnahmen liefen. Und diese Kategorien müssen sich als Kriterien in den Rehabilitierungsgesetzen wiederfinden, weil sie den Mindestumfang des Kreises der Anspruchsberechtigten definieren.

Die diffusen Definitionen des politisch Verfolgten im Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz lassen sich eigentlich nur durch völlige Unkenntnis des Gesetzgebers erklären. Da der Rechtsausschuß aber nachweislich über die Verfolgungsmethoden aufgeklärt worden ist, wird von vielen der Betroffenen eine politische Absicht unterstellt. Manchen von uns erscheint es so, als ob man die DDR lieber ohne die dortigen Dissidenten übernommen hätte. Dabei waren es ja so viele gar nicht gewesen.

Die Zahl derer, die in der DDR durch ausdauerndes systemkritisches Engagement verfolgt wurden, ist nicht so groß, wie vielfach angenommen. Statistiken der Stasi lassen den Schluß zu, daß in den achtziger Jahren auf etwa 20 hauptamtliche und 30 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter nur ein Operativer Vorgang kam. Bisher hat man sich bei der Aufarbeitung dieses Zeitabschnitts der DDR-Geschichte fast nur für die Täter interessiert. Nun sollte endlich den Opfern Priorität eingeräumt werden.

Wir bitten Sie, uns über die von Ihnen veranlaßten Schritte in Kenntnis zu setzen, die auf eine Novellierung des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes abzielen und geeignet sind, den wegen ihres aktiven politischen Widerstands und ihres regimekritischen Engagements von der SED-Diktatur systematisch Verfolgten eine angemessene Entschädigung zu gewähren.



# Die Pannen von Mielkes Mannen im Einsatz gegen Grüne in Ost und West

Zwei neue Publikationen

## Arche Nova: Stasi an Deck hat nicht viel Zweck

Anfang Januar 1988 gründete sich das „Grünökologische Netzwerk Arche". Beabsichtigte die Stasi eine Entpolitisierung der Umweltgruppen durch geschicktes Lavieren ihrer IMs (Falk Zimmermann, Mario Hamel, Lutz Beyermann, Klaus Brennahl, Henry G. Schramm, Karin Jaeger usw.), denen es gelungen war, an die Steuerrädchen des Arche zu gelangen, so gab es für die Arche-Aktivisten bald keinen Rückzug ins Gemüsebeet mehr. Auch Befürchtungen einer Funktionalisierung der Umweltgruppen durch ein „selbsternanntes Politbüro" erwiesen sich als vorschnelles Urteil. Nach einem diesbezüglichen Streit in der Berliner Umwelt-Bibliothek war es zu einer Spaltung gekommen. Ergebnis: Die Oppositionslandschaft wurde für die Stasi noch unüberschaubarer.

Im Berliner Basisdruck-Verlag erschien jetzt die von Carlo Jordan in Zusammenarbeit mit Hans Michael Kloth erarbeitete umfangreiche Dokumentation über die selbstorganisierte Ökologiebewegung mit einem - nicht ganz unumstrittenen - analytischen Teil, bei dem acht Autoren zu Wort kommen. In einem umfangreichen Anhang sind die wesentlichsten Artikel der fünf Ausgaben der „Arche Nova", des „Zentralorgans der Arche" (Selbstironie), dokumentiert.

Übrigens ist die finanzielle Situation des Basisdruck-Verlags bedenklich. Der Bundeskoordinierungsrat des NEUEN FORUM hatte im Januar beschlossen, dem Verlag den Rest eines Darlehens (7500,-DM) und die dazugehörigen Zinsen zu erlassen.

**Carlo Jordan / Hans Michael Kloth: Arche Nova. Das „Grünökologische Netzwerk Arche" 1988-90. 495 Seiten, ca. 30 Fotos, 34,80 DM (ISBN 3-86163-069-9).**

## Greenpeace im (un)sichtbaren Visier

„Am 28. August 1983 überflog ein Heißluftballon von Berlin (West) aus die Mauer und landete auf dem Territorium der DDR. Die Insassen der Gondel waren Dr. Gerhard Leipold und John Sprang, beide Greenpeace-Mitarbeiter. Kurz vorher, am 6.8.83, war Matthias Hessel, Mitarbeiter der Berliner Kontaktgruppe von Greenpeace Deutschland e.V., am Grenzübergang Friedrichstraße von DDR-Grenzern festgehalten worden, um zu verhindern, daß er einen Protestbrief dem Ministerrat der DDR öffentlich überreichen konnte. Eine dritte Aktion erfolgte im September gleichen Jahres, als der Kanadier Swami Vishnudevananda mit einem Leichtflugzeug die DDR-Grenze überflog und damit SED- und MfS-Kommandostellen in Alarmzustand versetzte. [...] Verbunden mit diesen Aktionen versuchte Greenpeace, die Forderung nach Einstellung der Kernwaffentests deutlich zu machen."

Weitere Greenpeace-Aktivitäten betreffen die Luft-, Wasser- und Bodenverseuchung in der DDR. So wurde im August 1984 das Greenpeace-Schiff „Sirius" von Volksmarinegrenzern abgedrängt und am 17.12.85 eine Wasserprobeentnahme des Laborschiffs „Beluga" in der durch die DDR fließenden Elbe verhindert. Am 14.11.87 kam es dann zu einer Aktion auf der Dimitroff-Brücke in Dresden, um auf die Elbeverschmutzung aufmerksam zu machen: „Schadstoffe sind grenzenlos. Dresden -Hamburg - Nordsee. Wasser ist Leben". Doch schon am 15.9.86 hatten Greenpeace-Aktivisten Erfolg: Vor dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschft in Ostberlin entfalteten sie das Transparent „DDR-Salz vergiftet Werra und Weser - Schluß damit!", kippten aus der Werra gefiltertes Salz vor das Portal und verteilten einen Offenen Brief an den DDR-"Umweltminister" als Flugblatt. Am 3.7.88 stellt Stasi-Generalmajor Alfred Kleine erleichtert fest: „Durch eingeleitete politisch-operative und offensive staatliche Maßnahmen wurde eine Beprobung auf dem Territorium der DDR verhindert." Dahinter steckte die Furcht vor der Durchfahrt eines aus Polen kommenden Greenpeace-Laborbusses.

Die vielleicht gelungenste Aktion war jedoch der Versand von ca. 20.000 Briefen in Zusammenarbeit mit der Ostberliner Umwelt-Bibliothek im November 1988. Dabei wurden dem Telefonbuch entnommene Adressaten zu Protesten auf vorgefertigten Karten gegen die Luftverschmutzung und die diesbezügliche Geheimhaltungspolitik der DDR-Regierung aufgefordert.

Der Stasi wurden diese Aktivitäten unheimlich. Die MfS-Wirtschaftsabteilung (HA XVIII/6) wollte im Frühjahr sogar einen ZOV (Zentraler Operativvorgang) gegen Greenpeace Deutschland e.V. eröffnen. Schon seit 1987 setzte sie u.a. den IMB „Robert", Klarname: Volker Schleicher, ein. Schleicher hatte sich unabhängigen Ökokreisen (Samariter-Gemeinde, Friedrichsfelde, Umwelt-Bibliothek, Arche) als Kurier angeboten, da er als Invalidenrentner in den Westen reisen dürfe. Die Stasi instruierte Schleicher, gefälschte Wasserproben an Greenpeace zu übergeben, die dadurch von einer Proptestaktion gegen die Schadstoffemission von Berlin-Chemie absahen, was die Herrschgenden sehr in Bedrängnis gebracht hätte. Selbst Schleichers Invalidität war vorgetäuscht. Derzeit ist Schleicher in Berlin-Prenzlauer Berg im W.B.A. und Zusammenhalt e.V. engagiert. Die DDR-Tschekisten planten, ihre Agenten in alternativen und Umweltgruppen einzuschleusen und möglichts in Führungspositionen zu bringen. Bei Greenpeace gelang es

# Offener Brief zum Suharto-Besuch

## Herr Ministerpräsident! Herr Oberbürgermeister!

Am Rande seines Besuches der Hannovermesse weilt der Präsident Indonesiens, General Suharto, in Dresden. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft umwerben momentan Indonesien, wohl im Blick auf eine „Verbesserung" der wirtschaftlichen Beziehungen. Unter anderem beschloß der Bundessicherheitsrat, unter Ausschaltung demokratischer Kontrollmöglichkeiten, die Lieferung von 39 Kriegsschiffen aus NVA-Beständen an Indonesien. Trotz breiter Proteste in Deutschland wurden alle Schiffe im letzten Jahr übergeben.

General Suharto putschte sich 1965 an die Macht. In den ersten Monaten der Militärdiktatur fielen bereits eine halbe Million Menschen „politischen Säuberungen" zum Opfer. Seine Herrschaft ist begleitet von Völkermord, Unterdrükkung von Minderheiten und ständiger Verletzung der Menschenrechte.

Angesichts der Lage in Indonesien halten wir es für äußerst bedenklich, daß sich Deutschland in diesem Land wirtschaftlich engagiert.
Wir fordern die Einstellung der Lieferung jeglichen Kriegsmaterials an Indonesien.

Wir verbitten uns, daß Präsident Suharto in Sachsen als Staatsgast empfangen wird und fordern Sie hiermit auf von einer entsprechenden Einladung Abstand zu nehmen bzw. von dieser zurückzutreten.

*2/3-Welt Arbeitskreis Versöhnungskirche*
*AAK Wolfspelz*
*amnesty international, Regionalgruppe Dresden*
*Anstiftung - Projekte gegen das Vergessen*
*Antifa Dresden*
*arche noVa - Initiative für Menschen in Not*
*Ausländerrat der Stadt Dresden*
*Bündnis 90 / Die Grünen Dresden*
*Conni e.V.*
*Die Mitarbeiter des Ökumenischen Informationszentrums Dresden*
*EDCS Freundeskreis Sachsen*
*Freundeskreis der Totalverweigerer/innen*
*Grüne Liga Dresden*
*Infoladen Schlagloch*
*Initiative christliche Linke, Regionalgruppe Dresden*
*Malwina e.V.*
*NEUES FORUM Dresden*
*Pfarrer Christian Führer, Nikolaikirche Leipzig*
*Pfarrer Hanno Schmidt*
*Pfarrer Rudolf Albrecht, Vorstandsmitglied des Internationalen Versöhnungsbundes / deutscher Zweig*
*Radioinitiative Coloradio*
*Stephan Fritz, Studentenpfarrer Dresden*
*Timor & kein Trupp*
*Umweltbibliothek Großhennersdorf*
*Umweltzentrum Dresden*
*Verein für die Jugend Europas e.V.*
*Wakita Freundeskreis*
u.a.

---

ihnen, dem vorliegenden Material zufolge, nicht.
Durchaus spannend zu lesen ist die von **Uwe Bastian** erstellte Dokumentation über die Bekämpfung und versuchte Ausnutzung der Umweltschutzorganisation Greenpeace durch die Stasi. Sie erschien im März 95 unter dem Titel ***Greenpeace im unsichtbaren Visier des MfS*** als **Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 15/1995 (ISSN 0942-3931).** Bestellung: Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 53, 14195 Berlin, fon (030) 838-2091
*Gerold Hildebrand*

### „Gegen die Verdrängung im eigenen Kopf. Ein heiteres Schlachten alter Tabus anläßlich des 5. Jahrestags der Wende"

Unter diesem Motto fanden am 5.11. und 5.12.94 im Berliner Haus der Demokratie Diskussionsrunden statt, zu denen Personen aus der Umwelt-Bibliothek, dem NEUEN FORUM, der Initiative Vereinigte Linke, dem Bündnis kritischer Gewerkschafter, dem Matthias-Domaschk-Archiv, der Redaktion SKLAVEN und O.S.T.B.L.O.C.K. eingeladen hatten. Auch (ehemalige) FORUM-Mitglieder referierten: Roland Baron, Klaus Wolfram, Bernd Florath und Conny Kirchgeorg.

**Eine Broschüre mit den Eingangsreferaten und weiten Teilen der Diskussion erscheint im Juni. Herausgeber ist das Matthias-Domaschk-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.**

# Suharto stinksauer

## Der indonesische Diktator Suharto hatte beim Kulturbesuch in Dresden unangenehme Erlebnisse

**Die diesjährige Hannovermesse hatte zum Partnerland Indonesien gewählt. Die deutsche Industrie möchte offensichtlich gern Arbeitsplätze auch in dieses fernöstliche Menschenrechtsparadies exportieren und die Bonner Politikerclique geht ihnen dabei gern zur Hand. Ärgerlich nur, daß den hofierten indonesischen Staatsgästen die medienwirksamen Alibireisen zu Stätten der deutschen Kultur von ostdeutschen AktivistInnen vermasselt wurden. Das Weimarer Stadtparlament erklärte in einem Brief an den Diktator Suharto diesen kurzerhand zur „unerwünschten Person". In Dresden durften die Staatsgäste immerhin anlaufen, hatten aber diese und jene Schwierigkeit. Dazu folgender Bericht von den AktivistInnen.**

Anläßlich der Hannovermesse erstattete der indonesische Ministerpräsident, General Suharto, Dresden einen Besuch. Im Vorfeld wurde uns diese Information, sowie einige Details des vorgesehenen Besuches bekannt, woraufhin sich eine Gruppe von Leuten zusammenfand, die diesen Besuch zu verhindern bzw. zumindest zu behindern suchte. Wir verfaßten einen offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt und an den Ministerpräsidenten von Sachsen, in dem diese auf die maßlosen Menschenrechtsverletzungen in Indonesien hingewiesen und zum Absagen des Besuches aufgefordert wurden (siehe Seite 13). Dieser offene Brief wurde von 24 Gruppen unterzeichnet und gemeinsam mit einer Presseerklärung und umfangreichen Informationen den beiden alten Herren sowie der Dresdner Lokalpresse übergeben. Fast zeitgleich existierte noch eine Initiative im Stadtparlament, ähnlich wie in Weimar, den Besuch mittels einer Parlamentserklärung auszuhebeln.

Die Reaktion war unglaublich: Der Bürgermeister distanzierte sich mit schroffen Worten von dem Besuch und meinte, daß eine Eintragung im goldenen Buch nicht in Frage käme. Biedenkopf erklärte öffentlich Verständnis für unseren Protest, meinte aber trotzdem den Herren Suharto höflich empfangen zu wollen. Der Leiter des Stadtmuseums, Matz Griebel, den das Protokoll des Außenamtes erkoren hatte Suharto durch das Grüne Gewölbe zu führen, weigerte sich, diese Ehre anzunehmen.

Am Vorabend des Besuches, dem 4.4. wurde kurzfristig noch eine Informationsveranstaltung organisiert, auf der ein Film über das Massaker von Dili gezeigt wurde. Die Veranstaltung wurde von drei Exiltimoresen gehalten, die ausführlich über die Schrecknisse speziell Ost-Timors berichteten.

Am 5.4. kam nun Suharto gegen 10.30 Uhr auf dem Flugplatz an und aus dem Staunen den ganzen Tag nicht mehr heraus. Wir - etwa 150 bis 200 Demonstranten - empfingen ihn im Zwinger mit maßlosem Krach, Transparenten in seiner Muttersprache und Flugblattregen. Einer der Timoresen skandierte Sprüche über das Megaphon. Die Polizei hielt sich zu unserer Verwunderung weitestgehend zurück. Der Besuch des sich gern als Mäzen gebenden Suharto in der Galerie alter Meister währte ganze 20 Minuten. Danach wurde er die 200 m ins Hotel gekarrt, aus dem er sich bis zum Abend wegen unserer Proteste nicht heraustraute. Im Laufe des Nachmittags wurde die Polizeilinie etwas härter, blieb aber weit hinter unseren Erwartungen zurück. Um sechs gab es dann eine Demo auf dem Theaterplatz, zu der ca. 600 Leute kamen. Dieweilen die Polizei nun doch einen „Freiraum" (Radius ca. 100 m) für Suharto geschaffen hatte und langsam einen rabiateren Film fuhr, gab es einige Rangeleien, die aber wohl für keinen böse ausgegangen sind. Es wurden etwa 10 Leute kurzfristig festgesetzt. Für 20.00 Uhr war Suharto zum Fressen mit Biedenkopf und Wirtschaftsmutanten verabredet, - schlecht für ihn, daß das in einem anderen Hotel war. Der Transfer gestaltete sich recht kompliziert, da die Demonstration sich mittlerweile in kleine Gruppen geteilt hatte, um an den verschiedensten Ecken zu blockieren. Das gelang ganz gut, so daß der gepanzerte Bus mit Indonesiern, in dem zumindest der mit der deutschen Wirtschaft verschwägerte indonesische Technologieminister Habibi saß (manche behaupten gar „Ihn" gesehen zu haben) auf dem Terrassenufer umkehren mußte. Bei dieser Gelegenheit zeigte Herr Habibi übrigens einen Stinkefinger, wir hoffen das Foto wird was! Nachdem Suharto auch noch in der Hotelhalle ein Transpi zu sehen kriegte, kam er wohl einigermaßen paranoid zum Geschäftsessen, wo ihm Biedenkopf sagte, daß er jetzt eine ganze Menge Demokratie mitbekommen hätte.

Die Presse des 5./6.4. war sehr gut. Was uns besonders erfreute, ist, daß einige ausgiebig auch die von uns gelieferten Hintergrundinformationen publizierten.

**ai** berichtet von jüngsten Exekutionen in Indonesien. Am 26. April '95 war Karta Cahyadi, eine 32jährige verheirate Mutter, hingerichtet worden. Die Todesstrafe, die letztmalig im Dezember '92 angewandt worden war, wurde somit dreimal in diesem Jahr vollstreckt.
Im Januar '95 waren sechs Zivilisten auf Osttimor von der Armee getötet worden.

Suharto ist offensichtlich stinksauer. Neueren Informationen aus Indonesien zufolge hat er den in Deutschland sitzenden Militärattache, der für die Sicherheit des Besuches zuständig war, fast gefeuert. In den Medien wird verbreitet, drei (!) Indonesier, die zu diesem Zeitpunkt in Hannover waren (unter ihnen der Chefredakteur der verbotenen Zeitung „Tempo") hätten die Ereignisse in Dresden aus dem Untergrund vorbereitet. Welche Folgen das für die drei Leute hat, ist bisher noch unklar, jedoch bewerten die uns bekannten Exiltimoresen die Situation insgesamt optimistisch. Die kritische Presse in Indonesien bezweifelt natürlich das Ammenmärchen von der Verschwörung.
Wir konnten den Besuch nicht verhindern. Kohl und seine Puppenspieler in der Wirtschaft werden auch nicht ihre Suche nach einer neuen deutschen Kolonie aufgeben. Aber die deutsch-indonesische Obrigkeitsschmuserei hat einen deutlich bitteren Beigeschmack bekommen und wir sind noch so naiv zu hoffen, daß die Beziehungen sich etwas schwerfälliger entwickeln als vorher zu erwarten.
Wir möchten uns bei den Leuten von Watch Indonesia, der Ost-Timor Co-Gruppe von amnesty international und der Gruppe der Exiltimoresen für ihre Unterstützung mit Informationen und Landesprachkenntnis bedanken.

*Wolf S. Pelz*

# Erklärung zu den Protesten gegen den Besuch General Suhartos in Dresden

## General Suharto!

In Dresden beschäftigen sich seit vielen Jahren verschiedene Menschenrechts- und Friedensgruppen mit den Menschenrechtsverletzungen in Ihrem Land, der Annexion Ost-Timors und den Waffenexporten Deutschlands für Ihre Armee. Unsere Gruppe speziell besetzte bereits im Mai 1993 eines der inzwischen an Indonesien gelieferten Kriegsschiffe.

Die ständige Mißachtung der Menschenrechte, das Massaker von Dili, die Verschleppungen, die Morde und die Unterdrückung unter Ihrem Diktat sind der Weltöffentlichkeit hinreichend bekannt und wurden von der UNO mehr als einmal angeklagt. Aus diesem Grunde beschlossen 24 Dresdner Gruppen gegen Ihren Besuch in unserer Stadt Einspruch zu erheben.
Wir forderten unsere Stadt- und Landesregierung auf, Sie auszuladen bzw. baten die Vertreter aus Kunst und Kultur, Sie nicht zu empfangen. Dem wurde zum Teil Rechnung getragen. Wie Ihnen sicher aufgefallen ist, wurde Ihr Programm erheblich gekürzt und Sie durften sich nicht in das Goldene Buch der Stadt eintragen. Aber auch gegen Ihren gekürzten Besuch und den Eintrag in das Goldene Buch des Landes Sachsen protestierten wir. Wir halten es für skandalös, daß unsere Bundes- und Landesregierung, Sie, einen der blutigsten Diktatoren der Welt, empfingen. Wir beabsichtigten, Sie merken zu lassen, daß wir, die Dresdner Bürger, mit Ihrer Politik und Ihrem Besuch bei uns nicht einverstanden sind. Dank der Zurückhaltung der Polizei ist uns dies auch gelungen. Nun entnehmen wir der Presse mit Genugtuung, daß Sie über unsere Proteste sehr erbost sind. Wir haben also unser Ziel erreicht.
***Mit Bestürzung und Entrüstung erfahren wir jedoch, daß Sie und Ihre Medien nun versuchen, für unsere Proteste die Menschenrechtler Yeni Rosa Damayanti, Goenawan Mohamad und Sri-Bintang Pamungkas aus Ihrem Land verantwortlich zu machen.*** Wir teilen Ihnen und der Öffentlichkeit daher mit, daß wir keinerlei Kontakte zu den o.g. Personen oder anderen Menschenrechtlern Indonesiens oder Ost-Timors im Vorfeld Ihres Besuches hatten. Wir haben die Protestaktion ohne jegliche Unterstützung aus Indonesien organisiert und unsere Informationen waren ausschließlich allgemein bekannter Natur.

Wir befürchten, daß Sie unsere Protestaktion zum Anlaß nehmen, erneut und zum wiederholten Male Demokratiebestrebungen in Ihrem Land zu unterdrükken. Dies wäre abermals ein Zeichen für Ihre demokratieverachtende und menschenfeindliche Innenpolitik.
Wir fordern Sie daher auf, weder die genannten, noch andere Personen im Zusammenhang mit unserer Protestaktion zu verhören, zu beschuldigen bzw. zu bestrafen.
Wir werden Ihr weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit sehr genau beobachten und werden die Öffentlichkeit darüber informieren.

*Aktionsbündnis gegen den Indonesischen Staatsbesuch am 5.4. in Dresden*

Zur Information auch an:
Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland Botschaft Indonesiens in Deutschland
Botschaft Portugals in Deutschland

Der Brief wird zum gleichen Zeitpunkt der Presse in Deutschland und Indonesien zugeleitet.

# Zerbombte Freiheit in Tschetschenien

## Interview mit einer Vertreterin des Soldatenmütterkomitees

**Am 22. April fand in Berlin-Kreuzberg das Podiumsgespräch „Zerbombte Freiheit in Tschetschenien - Stirbt der Traum von der russischen Demokratie?“ statt. Das NEUE FORUM war Mitorganisator und stellte 500,– DM für die Unkosten zur Verfügung. Henning Pietzsch von der Zeitschrift „*tilt* - Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär“ sprach nach der Veranstaltung mit *Ella Michailowna Poljakowa*, Vorsitzende des St. Petersburger Soldatenmütterkomitee. Das Interview wurde, leicht gekürzt, bereits in *tilt* 2/95 veröffentlicht.**

*? Zunächst interessiert mich, mit wievielen flüchtigen Soldaten habt Ihr zur Zeit Kontakt?*

! Wir vom Komitee aus Sankt Petersburg haben mit ca. 1000 jungen russischen Soldaten Kontakt. Sie alle haben sich dem Militärdienst durch Flucht aus ihren Einheiten entzogen. Wir wissen aber, daß es noch viel mehr solcher Soldaten gibt. Sie sind bei Freunden und Familienangehörigen untergetaucht. Die meisten geflohenen Soldaten leben im Untergrund und sind deshalb namentlich nicht bekannt.

*? Hat diese Flucht der jungen Soldaten etwas mit eurem Marsch nach Tschetschenien zu tun?*

! Viele, die wir betreuen, waren in Tschetschenien. Aber auch sehr viele Mütter kommen zu uns und bitten, ihren Söhnen zu helfen oder sie bei der Suche nach ihnen zu unterstützen. Aus diesen Gründen waren wir in Tschetschenien mit den Müttern, die ihre Söhne dort suchten. Einige hatten dabei Erfolg und fanden sie. Die Mütter nahmen sie mit nach Hause.

*? Hat die Flucht aus der Armee Deiner Meinung nach seine Ursachen vorwiegend im Tschetschenienkonflikt?*

! Nein, natürlich spielt die Afghanistanerfahrung auch eine Rolle. Doch Hauptgründe der Flucht sind nicht ein politisches Bewußtsein gegenüber dem Militär, sondern das sind die unmenschlichen Verhältnisse in der russischen Armee. Das russische Volk hat eher ein tief verankertes Bewußtsein, das für die Notwendigkeit einer Armee spricht. Doch die jetzigen Zustände in dieser Armee sind so schlimm wie noch nie. Wir haben über etliche Fälle von Mißhandlungen an jungen Rekruten eine Dokumentation erstellt. In dieser werden viele Schicksale aufgezeigt und sie beweisen die schlimmen Zustände in der Armee. Sogar sexueller Mißbrauch durch Vorgesetzte ist dadurch bekannt geworden in mehreren Fällen.

*? Wie heißt die Dokumentation und wo kann man sie einsehen?*

! Sie heißt „Die Macht der Älteren - wir sind Großväter - wir haben es nicht weit bis zu den Sternen.“ Herausgeber ist das russische Mütterkomitee St. Petersburg. Sie liegt bisher nur in russischer Sprache vor. **Kontaktadresse in Deutschland für Interessenten ist das Deutsch-Russische Büro in Berlin. Die Telefonnummer ist (030) 44 43 339.**

*? Waren die Zustände in der russischen Armee nicht schon immer hierarchisch und brutal?*

! Sicher, das Militär war nie frei von Gewalt und Unterdrückung. Der Unterschied zu heute ist aber so groß, daß es viele nicht mehr aushalten. Die jungen Soldaten laufen ja nicht weg, weil sie den Militärdienst grundsätzlich ablehnen.

*? Was passiert mit den wieder eingefangenen Deserteuren?*

! Wenn sie allein gelassen sind von ihren Verwandten oder von Hilfsorganisationen wie unserem Mütterkomitee, werden sie hart bestraft. Ihre Vorgesetzten haben dann noch mehr Macht über sie. Wir haben deshalb schon versucht, mit Kommandeuren Kontakt aufzunehmen, um die Soldaten vor ihren direkten Vorgesetzten zu schützen. Viele nehmen sich auch das Leben.

*? Wie war auf Eurem Marsch nach Grosny die Reaktion der Soldaten vor Ort?*

! Sie waren sehr unsicher, das haben wir gespürt. Besonders in einer Situation. Die Vorgesetzten trauten ihren eigenen Soldaten nicht. Sie sollten ja unser Weitergehen nach Grosny verhindern. Daraufhin wurde eine Spezialeinheit geholt. Diese sollte die Aufgabe übernehmen. Als wir mit den Rekruten darübersprachen, versicherten sie uns, daß sie es nicht zulassen würden, daß der Spezialtrupp uns etwas antut. Sie wollten uns dann vor ihren eigenen Leuten beschützen. Das war eine dramatische Situation.

*? Was macht das Komitee noch für die Soldaten und ihre Mütter?*

! Wir versuchen vor allem Aufklärungsarbeit zu machen Dazu geben wir eine Broschüre heraus. In der wird aufgezeigt, wie man sich vom Militärdienst befreien kann. Zum einen über unabhängige ärztliche Atteste und natürlich gibt es auch einen Artikel über Wehrpflichtalternativen. Wir sind so etwas wie eine Feuerwehr und wir wollen gleichzeitig Präventivarbeit leisten. Etwa 300 Ratsuchende kommen pro Woche. Mit Offizieren vereinbaren wir Treffen, um Verbrechen aufzuklären und zu beweisen.

*? Gibt es zu Euch oder diesem Thema Literatur und Informationsmöglichkeiten?*

! Ja, über die Deutsch-Russische-Freundschaftsgesellschaft in Berlin. Es gibt auch Bücher von einem russischen Emigranten. Der lebt in München und hat zwei Bücher herausgebracht. Dort vertritt er die These, daß Jelzin ein Drittes Reich plane. Der Autor heißt Avtorkhanov. Die Bücher gibt es in Russisch und Englisch. Weitere Informationen sind unter der Telefonnummer (08821) 50247 zu bekommen.

*Danke für das Gespräch, aller herzlichster Dank an Sabine Erdmann. Sie hat alles übersetzt und war unersetzbar für das Interview.*

# Die Sibienii Pacifisti

**Anfang März 1995 besuchte Michael Meinicke die „Sibienii Pacifisti". Er sprach bei zehn Tassen Tee mit Constantin Lacatus, dem Präsidenten dieser *Vereinigung für Pazifismus und gegen Rassismus* und schrieb auf, was er erfuhr.**

In den Schaufenstern eines ehemaligen Ladens im Zentrum des siebenbürgischen Hermannstadt (Sibiu) sind zahlreiche Zettel, Plakate und Aufkleber zu sehen. Hier residieren die"Hermannstädter Pazifisten". Der Ladenraum ist von einer Stellwand unterteilt, wodurch im hinteren Teil ein Büro geschaffen wurde. Die Atmosphäre, das schöpferische Chaos, unterscheidet sich in nichts von alternativen Arbeitsstätten in Deutschland.

Der Verein gründete sich 1990. Anlaß waren die Ereignisse beim Sturz der Ceausescu-Diktatur. Sibiu hat die nach Bukarest bedeutendste Hochschule für Militärkadetten. Der Stolz der Stadt. Die Kadetten jagten in der Umbruchsituation die Securitate - die rumänische Stasi. Doch die Bevölkerung war gelinde gesagt erstaunt, als damals in drei Tagen eine Million Schuß verballert wurden. Noch heute sind in der gesamten Stadt irrsinnige Einschußlöcher erkennbar. Damals starben neunzig Menschen überwiegend durch Querschläger. Der größte Teil der Einwohner empfand die mangelnde Ausbildung „unserer Jungs" als Schande und erkannte: Wehe, wenn sie losgelassen. Die Jungmilitärs feuerten damals blindlings hinter fast jeden Busch, an dem mal ein Securitate-Mann vorbeigelaufen war und in manches Café, in dem mal einer von der blutbesudelten Ceausescu-Garde saß.

Vor diesem Hintergrund fanden die Pazifisten für die Gründung ihrer Gruppe einen starken Rückhalt.

## Mittellos - aber nicht ziellos

600 Mitglieder zählt die Vereinskartei - Tendenz steigend. Mitgliedsbeiträge sind die einzige finanzielle Grundlage. Dazu kommt die Hoffnung auf Spenden. Die Stadt gewährt keinen Zuschuß, abgesehen von einem geringen Mietnachlaß. Zeitweilig ist eine Sekretärin anwesend, entlohnt mit einer extrem geringen Aufwandsentschädigung. Herr Lacatus ist Idealist und bekommt deshalb für den 20-Stunden-Tag nichts.

Trotzdem erscheint alle zwei Monate eine kleine Zeitschrift in *vier* Sprachen: Rumänisch, Ungarisch, Deutsch und Englisch - für deutsche Initiativen kaum vorstellbar. Der zukunftsorientierte Titel: Mâine*Morgen*Holnap*Tomorrow!

Die Statutsziele sind etwas seltsam formuliert, z.B.:

* für die Kultivierung des Dialogs und des Verstandes an Stelle von ideologischen Antagonismen und irgendeiner Art von Hegemonismus.
* für die Förderung und Anerkennung der demokratischen Methoden in den internationalen Beziehungen,in deren Folge Demokratie zu einem natürlichen Hintergrund in allen Nationen wird.
* für den Verzicht auf Anwendung von Gewalt und Bedrohung durch Gewalt unter allenVerhältnissen.

Doch zum einen wird in Siebenbürgen ein 'altes' Deutsch gesprochen und außerdem ist vielen Menschen die bisherige Herrschaftssprache noch geläufiger, als es 'moderne' Formulierungen wären. Wichtig sind allein die bisher erreichten Fakten.

So wurden enge Kontakte zu Organisationen in aller Welt geschaffen, z.B.zum 'National Peace Council Tanzania' oder zum INLAP (Institut for Law and Peace/UK). Auch zur IDK bestehen Kontakte. Im Mai 1994 war die Initiative Ausrichter einer Friedenskonferenz der Balkanländer. Demonstrationen zu verschiedenen Anlässen rufen reges Presseecho hervor.

## Aussicht auf Dienstzeitreduzierung und abstürzende Hubschrauber

Die Rumänische Regierung beschäftigt sich derzeit mit der Verminderung des Pflichtwehrdienstes von 18 auf 12 Monate. Auch ein KDV-Gesetz wird erwogen. Der Anstoß dafür ging ebenfalls von den 'Sibienii Pacifisti' aus.

Im Zentrum Sibius befinden sich drei Kasernengelände, so groß wie Stadtbezirke. Auf den Stadtplänen sind sie als „weiße Flecken" markiert. Die Initiative kämpft zur Zeit für die Verlegung einer Kaserne an den Stadtrand. Das Militär soll eben von außen schützen, wird argumentiert. Die Gebäude könnten dann z.B. als Internate für Studierende an der schnell wachsenden Universität genutzt werden. In diesem Fall geht es um die Kasernen an der Strada General Vasile Milea. Mag die Argumentation vielleicht zu unterwürfig erscheinen - sie ist lediglich schlau den Verhältnissen angepaßt.

Durften die Uniformierten füher aus Mangel an Benzin mit ihren Hubschraubern nur selten abheben, so tummeln sie sich jetzt täglich im Tiefflug zwischen den Wohnblöcken. Bisher gibt es kaum Erfahrungen, dagegen vorzugehen. So ist die Ini an allen Infos zur Thematik interessiert.

*Wer sich mit der Initiative in Verbindung setzen möchte*, kann in den erwähnten Sprachen schreiben. Selbstverständlich sind auch Spenden jeder Art erwünscht. Neben Geld ist Kopierpapier wichtig. Am menschlichsten ist jedoch ein regelmäßiger Briefkontakt und Erfahrungsaustausch. Und wer einmal nach Sibiu fahren sollte, kann die folgende Anschrift direkt aufsuchen und Herrn Lacatus mit Dank für seine Arbeit die Hand schütteln:

**Str.Mitropolici Nr.26/2400 Sibiu, ROMANIA.Tel.+4069418178. Fax.+4069411881.**

*Michael Meinicke/gh*

# REAKTIONEN

## Leserbriefe

## Im NEUEN FORUM kann (nicht) jeder machen, was er will

*Gedankensplitter zum BULLETIN 38*

Da hat sich am 28. 12. 1994 eine neue Basisgruppe gegründet. Satzungsmäßig ist das in Ordnung. Leider hat diese Basisgruppe dem NEUEN FORUM kein neues Mitglied gebracht. Deshalb sollten wir lieber feststellen, es hat sich eine neue Basisgruppe abgespalten.

Interessant ist, daß auch die „Mutter der Revolution", Bärbel Bohley, die sich gleichzeitig auch gerne als Oberauflöserin des NEUEN FORUM darstellt, noch Mitglied dieser Abspalter-Basisgruppe wurde.

Wahrscheinlich ist es besser, die „Sterbeglocken" und die seit Monaten öffentlichen Grabgesänge aus dem NEUEN FORUM heraus zu läuten und zu predigen. Hoffentlich artet dieses Anliegen nicht zum Hauptthema dieser Basisgruppe aus.

Da schreibt der Bundeskoordinierungsrat an den Berliner Arbeitsausschuß, daß es legitim ist, den Mitgliederbestand zu überprüfen, daß die Schwierigkeiten mit den Beitragszahlungen wir alle kennen und daß Frau Höchstmann erklärt hat, Mitgliedsbeiträge im NEUEN FORUM seien freiwillig. Manchmal wäre es schon hilfreich gewesen, zu wissen, ob Jens Reich noch ruhendes und Tina Krone noch Mitglied im NEUEN FORUM sind. Die Schwierigkeiten mit den Beitragszahlungen müßten doch nun eigentlich dank des moralischen Stichs ins Wespennest beseitigt sein. Nur einige wenige Bezieher höherer Einkünfte konnten die Beiträge nicht aufbringen. Arbeitslose und sich im Vorruhestand befindende Mitglieder haben ihre Beiträge bezahlt.

Die von November 1993 bis zur Gründung der Abspalter-Basisgruppe hoffentlich nicht noch länger ausstehenden Beiträge, die eben freiwillig nicht bei der alten Basisgruppe bezahlt wurden, sollten, wenn nötig, auf juristischem Wege und satzungsmäßiger Grundlage eingetrieben werden. Wir sollte die ausstehenden Beiträge unter namentlicher Nennung im nächsten BULLETIN auch öffentlich machen, damit endlich die Mär von den zu Unrecht Beschuldigten aufhört.

Vielleicht sollte darüber nachgedacht werden, der „Mutter der Revolution", Bärbel Bohley, die Ehrenmitgliedschaft im NEUEN FORUM anzutragen, um ihr historisches Wirken zu würdigen. Einhergehen sollte das allerdings mit ihrer Entlastung von dem ständigen Gezwungensein, sich pressesprecherisch zur Untergangs- und Auflösungsstimmung im NEUEN FORUM äußern zu müssen. Da sollten doch endlich die Gruppenvertreter der Mitglieder des NEUEN FORUM ihre Aufgabe wahrnehmen.

*Basisgruppe NEUES FORUM*
*Berlin-Hohenschönhausen*

## NEUES FORUM Berlin

**Bei der Mitgliedervollversammlung am 23.5. wurden von 17 Stimmberechtigten die Mitglieder der Gremien neu gewählt:**

*Berliner Arbeitsausschuß:* Sabine Schaaf, Ina Messer, Axel Bindrich, Andreas Kruse, Steffen Steinbacher
*Vertreterrat:* Andreas Kruse, Axel Bindrich, Sabine Schaaf
*Landesschlichtungsstelle:* Detlef Stoye, Karl-Heinz Heymann, Dankwart Kirchner, Nachrücker: Detlef Poge
*Revisionskommission:* Werner Richter, Holger Nowak
Nachrücker: Michael Baehr
Nominierungen für den *BKR*: Reinhard Schult, Michael Baehr

## Flugblattkritik

Im BULLETIN Nr. 38 ist ein Flugblatt des NEUEN FORUM Leipzig zum Frauentag 1995 abgedruckt.

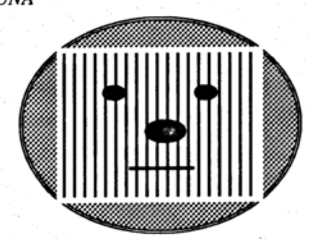
Nun ist das NEUE FORUM Leipzig nicht das NEUE FORUM der Bundesrepublik und selbstverständlich ist es legitim, ein solches Flugblatt abzudrucken. Aber ich möchte mitteilen, daß ich hinter der Auffassung zur Abtreibung nicht stehe. Auch der andere Teil des Flugblatts wäre zu relativieren.

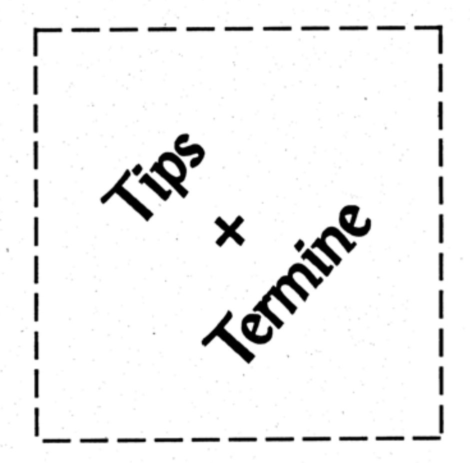
Ein „lustvolles Leben", wie es in dem Flugblatt heißt, ist nicht Sinn der Existenz des Menschen auf der Erde, sondern Kultur „zu machen" im Rahmen einer tragfähigen ökologischen Entwicklung. Die Sexualität muß sich dort mit dem ihr zustehenden Stellenwert einpassen und im engen Zusammenhang gesehen werden mit echter Liebe und Fortpflanzung. Leider ist z.Zt. in der Sexualität eine fortschreitende Perversion zu beobachten, die ein Teil ist des allgemeinen ethischen Verfalls.

Eine ungehemmte (bis auf eine Frist) Möglichkeit zur Abtreibung würde diese Entwicklung fördern, wie z.T. auch ethisch fragwürdige Methoden der Empfängnisverhütung. Daher halte ich eine Pflicht zur Beratung für richtig. Dies ist neben der Aufklärungsfunktion auch ein Teil Rechtfertigung vor der Gesellschaft.

Im übrigen teile ich nicht den Standpunkt, daß ein ungeborenes Kind von mehreren Monaten Alter kein Mensch ist. Dann dürfte ein aus einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibes hervorgegangener ein paar Tage alter Fisch erst recht kein Lebewesen sein.

*Dieter Nagel*
*Leuna*






**01.06. München:** Bleiberecht für Deserteure und KDVer, 18 Uhr, Gasteig-VHS, Kontakt: Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk, Alte Allee 48, 81245 München, fon (089) 834 26 93, fax (089) 834 15 18

**09.-11.06. Wustrow:** Vorbereitungsseminar für Freiwilligeneinsätze in Ex-Jugoslawien.
Kontakt: Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, fon (05843) 507, fax (05843) 1405

**10.06. Berlin-Prenzlauer Berg:** Berliner Tunnel, Lesung von Michael Meinicke, 20 Uhr, Umwelt-Bibliothek, Schliemannstr. 22

**11.06. 6. Leipziger Ökofete:** 10-18 Uhr im Clara-Zetkin-Park

**14.-18.06. Hamburg:** Aktionen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung zum Ev. Kirchentag. Kontakt: Büro für notwendige Einmischung, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, fon (040) 39 30 13

**17.06. Minden:** Öffentliches Gelöbnis und Gegenaktionen, 10 Uhr, Kontakt: „Mindener Friedensschluß", Alte Kirchstr. 1a 32423 Minden, fon (0571) 24339

**18.06. Berlin:** Die Monatszeitung „graswurzelrevolution": Über 20 Jahre Begleitung sozialer Bewegungen aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht. Referent: Uwe Brodrecht, 20 Uhr, Umwelt-Bibliothek (s.o.)

**25.06. Protestwanderung in die FREIe HEIDe.** Kontakt: A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin, fon (030) 3946167

**25.06. Berlin-Prenzlauer Berg:** Infoveranstaltung zum Thema Vegetarismus-Veganismus mit Essensangebot, 20 Uhr, Umwelt-Bibliothek.

**05. - 10.08. Stuttgart-Vaihingen:** 5. Entzäunungsaktion des EUCOM und Friedenscamp anläßlich des 50. Jahrestags des Atombombenabwurfs, Kontakt: EUCOMmunity, c/o Ohne Rüstung Leben, Furtbachstr. 10, 70178 Stuttgart, fon (0711) 640 9620

**19.-28.08.** Sommeraktionstage am Bombodrom Wittstock, Informative Tage am Dranser See, Aktionen mit „Lebenslaute"

**27.08.-03.09. Thessaloniki/Griechenland:** Europäisches Kriegsdienstverweigerertreffen (ECOM), Kontakt: Griechisches Militärdienstkomitee, c/o FILIA, Falkstr. 19, 12053 Berlin, fon (030) 6 22 20 70

**17.09. Fretzdorf:** „Keimzeit" spielt für dei FREIe HEIDe

**06.-08.10. Wustrow:** Friedensarbeit in Ex-Jugoslawien, Christlicher Friedensdienst, Kontakt: Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, fon (05843) 507, fax (05843) 1405

## Buchempfehlung

Was ergeben 20% Arbeitslosigkeit, 20% PDS-Stimmen und 8% Wachstum in der Summe?
Kaum eine Ordnung hatte je einen solchen Vertrauensvorschuß wie die westdeutsche. Nach dem Demokratiedefizit in der DDR waren die Erwartungen an die neue Ordnung überaus hoch. Als sich die ersten Enttäuschungen breitmachten, wurde für viele Ostdeutsche jeder Konflikt zum Testfall für die neue Ordnung. Ohnmachtserfahrungen weckten nostalgische Erinnerungen an die DDR.

**Stefan Berg, Das lange Leben der DDR, Ostdeutsche zwischen Emanzipation und Nationalismus,**
Fotos: Rolf Zöllner,
Wichern-Verlag
DM 22,– / ISBN 3-88981-079-9

## FachForum SüdOsteuropa

**30.05.** Geschichte und Kultur: Bulgarien nach der politischen Wende 1989. REFERENTIN: Dr. Tzveta Sofronieva Rötschke (Schriftstellerin, Berlin)

### SÜDOSTEUROPA - AKTUELL

**1.06.** Das vereinte Deutschland und seine Stellung in Mitteleuropa. REFERENT: Zlatomir Popovic (Soziologe, Berlin)

**9.06.** Rumänienhilfe ohne Bürokratie? Erfahrungen einer Bürgerinitiative. DIAVORTRAG: Henrik Thunikke (Rumänienhilfe Salzwedel)

**20.06.** Der Zusammenbruch der rumänischen Industrie - Hoffnungen auf den Westen? REFERENT: Christof Kaiser (NEUES FORUM)

### OSTEUROPA - HEUTE

**15.06.** Wirtschaft und Gesellschaft in der Slowakei 1995. REFERENTIN: Dagmar Repsekova (Handelsrätin an der Slowakischen Botschaft, Berlin)

**HINWEIS:** Die Ausstellung BULGARIEN 1990-1995. EINE FOTOCHRONIK von Detlef W. Stein wird vom **29. Mai bis 28. Juni 1995** im Saal des Hauses der Demokratie präsentiert.

***Die Veranstaltungen finden im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin statt und beginnen um 19.30 Uhr.***

---

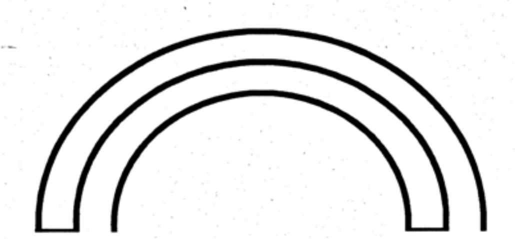
## Robert-Havemann-Gesellschaft

**08.06.** 20 Uhr, Haus der Demokratie, Berlin, Havemann-Saal:

Zwischen Hippokrates und Lenin. Ärzte in der SBZ/DDR zwischen Widerstand und Anpassung.
Referent: Dr. Klaus-Dieter Müller („Hannah Ahrendt"-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden)

# A d r e s s e n

NEUES FORUM
**Bundeskoordinierungsstelle**
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 24 12
fax: (030) 229 12 13



***Landesgeschäftsstellen:***

NEUES FORUM **Berlin**
Rosa-Luxemburg-Straße 19
10178 Berlin-Mitte
fon/fax: (030) 247 72 61
di-do 14 - 17 Uhr

NEUES FORUM **Brandenburg**
GF: Werner Stremlow
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 23 17
fax: (030) 229 12 13

NEUES FORUM **Sachsen**
Maternistraße 17
01067 Dresden
fon: (0351) 484 55 08
fax: (0351) 495 24 20
di + do 16 - 19 Uhr

NEUES FORUM **Sachsen-Anhalt**
GF: Sabine Leloup
Große Klausstraße 11
06108 Halle
fon/fax: (0345) 20 24 686

NEUES FORUM
**Mecklenburg-Vorpommern**
Haus der Demokratie
Gerberbruch 13a-15
18055 Rostock
fon: (0381) 490 24 06
fax: (0381) 490 24 05

NEUES FORUM **Thüringen**
Schillerstr. 44
99096 Erfurt
fon/fax: (0361) 667 12 14
(demnächst neue Adresse)

***Berliner Abgeordnetenhaus***
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Gruppe
NEUES FORUM/Bürgerbewegung:

**Sebastian Pflugbeil**
(Umweltausschuß)
**Reinhard Schult**
(Inneres, Recht, Verfassungsschutz)
**Irena Kukutz** (Schulausschuß)

Wiss. Mitarbeiter: **Bernd Gehrke**
(Wirtschaft und Technologie)
fon: (030) 2325 2601
fax: (030) 2325 2609

*GF = Geschäftsführer/in*

## NEUES FORUM Berlin, Rosa-Luxemburg-Str. 19

**07.06.** Die Gegenreform der Strafprozesse - und keiner merkt etwas, Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck.

**14.06.** Polizei und Staatsanwalt: Was einem so alles passieren kann und wie man darauf reagiert. Aimée Andrich und Katrin Framke geben einen Überblick über Repressionsmaßnahmen der Staatsgewalt und welche Rechte mensch bei vorläufiger Festnahme, U-Haft, erkennungsdienstlicher Behandlung u.s.w. hat.

*Beginn der Veranstaltungen jeweils 20 Uhr*

**Bundesforum**
9. – 11. Juni in Arendsee
Beginn: Freitag 10 Uhr

## Spenden

bitte auf das

**Konto NEUES FORUM**
**Kontonummer: 438 2386 600**
**Berliner Bank AG**
**BLZ: 100 200 00**

Verwendungszweck: Spende/Bulletin
Erwartete Spende für ein BULLETIN:
**3,– DM**